

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando:
Quartal 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
wöchentlich 28 Pf. frei im Haus.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Inserations-Gebühr
beträgt für die sechsgehaltene Kolonne
jeite oder deren Raum 40 Pf., für
politische und gesellschaftliche Vereine
und Veranlassungen 20 Pf.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.
Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.

Mittwoch, den 26. September 1900.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.
Fernsprecher: Amt I, Nr. 5121.

Parteigenossen!

Das Organisationsstatut hat auf dem Mainzer Parteitag einige
wesentliche Änderungen erhalten. Bedingt sind dieselben durch die
Aufhebung des Verbindungsverbots der politischen Vereine und das
Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuchs.

Auf Grund des Organisationsstatuts wurde der unterzeichnete
Partei-Vorstand mit der Führung der Parteigeschäfte betraut. Die
Konstituierung erfolgte unmittelbar im Anschluß an die Verhand-
lungen des Parteitags.

Sämtliche für den Parteivorstand bestimmten Briefe und
sonstigen Zusendungen sind an die vorstehende Adresse zu richten;
alle Geldsendungen sind dagegen an den Parteikassierer
Albin Gerisch, Berlin SW., Kreuzbergstr. 30,
zu adressieren.

Zur Kontrollierung des Parteivorstands sowie als Vernunfts-
instanz über Beschwerden gegen den Parteivorstand wählt der
Parteitag die in § 17 vorgesehene Kontrollkommission, bestehend aus
neun Mitgliedern. Die Kommission hat sich ebenfalls in Mainz
konstituiert und zu ihrem Vorsitzenden
H. Meißner, Hannover, Langestr. 1,
gewählt, an dessen Adresse die gegen den Parteivorstand gerichteten
Beschwerden zu adressieren sind.

Die Geschäfte unserer Partei werden in den einzelnen Orten
bzw. Reichstags-Wahlkreisen von Vertrauenspersonen besorgt.
Zur besseren Orientierung lassen wir die hierauf bezüglichen
Paragrafen des Organisationsstatuts folgen.

§ 3. Zur Wahrnehmung der Partei-Interessen wählen die
Parteigenossen in den einzelnen Orten oder Reichstags-Wahlkreisen
in zu diesem Zweck berufenen Vereins- oder Partei-Veranstaltungen
eine oder mehrere Vertrauenspersonen. Die Art der Wahl dieser
Vertrauenspersonen ist Sache der in den einzelnen Orten oder Kreisen
wohnenden Genossen.

§ 4. Die Wahl der Vertrauenspersonen erfolgt alljährlich und
zwar im Anschluß an den vorausgegangenen Parteitag.
Die Vertrauenspersonen haben ihre Wahl mit Angabe ihrer
genauen Adresse sofort dem Parteivorstand mitzuteilen.

§ 5. Tritt eine Vertrauensperson zurück oder tritt sonstwie eine
Veränderung ein, so haben die Parteigenossen sofort eine Neuwahl vor-
zunehmen und ist das Resultat derselben entsprechend § 4 Absatz 2
dem Parteivorstand mitzuteilen.

§ 6. Da, wo aus gesetzlichen Gründen die in den vorstehenden
Paragrafen gegebenen Vorschriften unanwendbar sind, haben die
Parteigenossen den örtlichen Verhältnissen entsprechende Einrichtungen
zu treffen.

Zum Beispiel: Wo es den Parteigenossen nicht möglich ist, sei
es aus Lokalmangel oder andern Gründen, auf Grund der vor-
stehenden Paragrafen eine Vertrauensperson zu wählen, genügt es,
wenn die Genossen sich privatim verständigen und einen aus ihrer
Mitte als Vertrauensperson in Vorschlag bringen.

Parteigenossen! Die Verhandlungen des Parteitags in Mainz
wurden sachlich, gründlich und erschöpfend geführt. Einmütig wurde
das Statut für das abgeänderte Organisationsstatut abgegeben.
Desgleichen erfolgte einstimmig die Beurteilung der Weltpolitik.
Uebereinstimmung kam in Bezug auf die Stellung der Partei
in den Debatten über die Handelspolitik zum Ausdruck, und nur be-
züglich der Verlehrs politik machte eine kleine Minderheit Bedenken
geltend. Durch die beschlossene Beteiligung an den Landtagswahlen
ist den Genossen ein weiteres Kampffeld eröffnet. Stügen die
Meinungen über den Wert der Beteiligung auch auseinander, so haben
die Verhandlungen doch ein glänzendes Zeugnis von der bewährten
Disciplin der Partei. Befürworter und Gegner der Beteiligung
führten ihre Sache unter der Voraussetzung: wie auch die Ent-
scheidung falle, der Beschluß des Parteitags ist für jeden Genossen
bindend.

Geschlossen und einig geht die Partei neuen Kämpfen entgegen.
Geiß werden dieselben entzünden.

Die Krise wirft ihre Schatten voraus. Die Arbeitslosigkeit
geht zurück. Lebensmittel und Verbrauchsgegenstände der breiten
Massen stehen unter dem Druck der Preisdrückerei herzloser Spekulanten.
Die Kosten der Weltpolitik erfordern unabsehbare Opfer, die zu
bewilligen die protektionistischen Weltpolitiker bereit sein werden,
wenn ihnen bei der Schröpfung der arbeitenden Klassen freie Hand
gelassen wird.

Zur entschlossenen Abwehr ist nur die Arbeiterklasse fähig und
bereit. Wir sind überzeugt, die Arbeiterklasse wird sich der ihr ge-
stellten Aufgabe gewachsen zeigen.

Auf zu neuen Kämpfen! Kampf ist Leben! Darum vorwärts!
Hoch die Socialdemokratie!

Berlin, den 25. September 1900.

Der Parteivorstand:
August Bebel, Paul Singer, Vorsitzende.
J. Kuer, W. Spannkuh, Schriftführer.
Albin Gerisch, Kassierer.
E. Ernst, W. Eberhardt, Postfahrende.

Die Präsidentschaftswahl in den
Vereinigten Staaten.

New York, 14. September.

Nach dem Verlauf der soeben stattgefundenen New Yorker
Staatskonvention der demokratischen Partei, welche die Aufgabe
hatte, die Kandidaten für Staatsämter für diese Partei aufzustellen,
ist die Erwartung, als ob Bryan zum Präsidenten erwählt werden
könnte, so ziemlich auf den Nullpunkt herabgesunken. Wie schon in
früheren Korrespondenzen erwähnt, ist es oft eine lokale Angelegen-
heit, welche gar keine allgemeine Bedeutung hat, die einen Staat, und
damit die Präsidentschaft, für die eine oder die andere Partei verloren
gehen macht. Nun gilt es als feststehend, daß Bryan ohne den
Staat New York mit seinen 39 Wahlmänner-Stimmen nicht gewählt
werden kann. Um aber New York zu gewinnen, — was unter allen
Umständen außerordentlich schwierig sein würde, — hätten die Demo-
kraten mindestens eine sehr starke Kandidatenliste mit einem populären
Namen für das Amt des Gouverneurs aufstellen müssen. Ein solcher
Mann war in der Person des Comptrollers (Schatzmeister) der Stadt
New York, Coler, vorhanden. Nicht als ob derselbe, mit einem
strengen Maßstab gemessen, selbst von aller Tendenz abgesehen, ein
einwandfreier Kandidat gewesen wäre. Wurde er doch erst kürzlich
unter Anklage gestellt, bei einem Angebot für die Kommune ein Ge-
schäftshaus, welches keineswegs das beste Angebot gemacht hatte, an
welchem er aber persönlich interessiert ist, bevorzugen zu haben,
und erfolgte seine Freisprechung nur aus formellen Gründen, welche
anderwärts in der Welt schwerlich Geltung haben würden. Aber er
wird trotz alledem als ein „außerordentlich“ Mann betrachtet,
besonders weil „er's nicht nötig hat“, unanständig zu sein,
und hat auch gegenüber der Lamenany-Gesellschaft, deren Rant-
wirtschaft er hin und wieder opponierte, verhältnismäßige Verdienste.
Mit einem Wort, er ist unter dem „außerordentlichen“ Bürgerthum sehr
populär und würde der demokratischen Kandidatenliste (dem
„Ticket“) eine unvergleichliche Stärke gegeben haben.
Aber der absolute Beherrscher von Lamenany und der
Stadt New York, Richard Croker, ein grünniger Gegner
Colers, hatte es anders beschlossen. Besterer war ihm bei seinen
Raubplänen viel zu oft in die Parade gefahren, als daß er nicht
alles gethan hätte, um zu verhindern, daß Coler eventuell als
Gouverneur an die Spitze des Staats gelangte; außerdem war
Coler der persönliche Kandidat des ehemaligen New Yorker Gouver-
neurs Hill, eines Demagogen der feineren Sorte (derselbe begnadigte
n. a. im Jahre 1886 kurz vor der Wahl die vier zu lang-
jährigen Hochhausstrafen verurtheilten deutschen Boylotten Witzig
und Genossen), aber auch einer der „intimsten“ Freunde
Croker's, also ein doppelter Grund, um Coler abzuschlagen.
Und das wurde denn auch in der soeben in dem bekannten Orte
Saratoga stattgehabten demokratischen Staatskonvention gründlich
befürwortet. Mit nahezu Zweidrittel-Majorität siegte der Kandidat
Croker's, Stanchfield, über Coler. In den wütenden Angriffen der
Delegaten, welche zu Gunsten Coler's sprachen, auf den ebenfalls
als Delegaten anwesenden Croker wurde dem letzteren
direkt vorgeworfen, „daß er mit dem republikanischen Vob“,
Platt, welcher den ganzen Staat New York außerhalb
der Stadt New York so absolut beherrscht wie Croker
die letztere, einen Handel abgeschlossen habe, wonach Croker
die Auffstellung Coler's unter allen Umständen verhindern sollte, wo-
gegen ihm von Platt die ungestörte Ausübung der Stadt New
York, ohne Gefahr zu laufen, etwa durch die republikanischen Be-
hörden, den Gouverneur, den General-Staatsanwalt usw. wegen ge-
wisser „Unregelmäßigkeiten“ gelegentlich dieser Ausübung verfolgt
zu werden, zugesichert wurde.

„Halbpart, Bruder,“ — sagte Platt zum Croker —
„Du die Stadt, ich den Staat.“

Da ein ähnlicher Handel zwischen diesen beiden Räuber-
häuptlingen schon mehrfach abgeschlossen worden ist, so wird es
wohl auch diesmal geschehen sein. Denn Croker mußte wissen,
daß die Kandidatur Coler's die einzige Chance war, um den Staat
und damit die Präsidentschaft für die Demokraten zu retten. Als
Entgelt für die angeheure Wette, welche die 1/2 Millionenstadt
New York ihm und seinen Komplizen verspricht, hat er diese Chance
weggegeben.

Damit wird wohl Bryan's Schicksal besiegelt sein.
Nebst dem hat letzterer nunmehr in einem Punkte, welcher manchen
verschwoenen Geistes noch unklar war, Farbe bekundet. In weiteren
Reisen der amerikanischen Arbeiter ging nämlich die Sage, daß Bryan
eigentlich auch „eine Art Socialist“ sei. Vor einigen Tagen hat nun einer
unser Parteigenossen sich brieflich direkt an ihn mit der Frage gewandt,
ob er in dem Sinne ein Socialist sei, daß ihm die Vergesellschaft-
lichung der Produktionsmittel für irgend eine Zukunft als Ziel vor-
schwebte. Er möge darauf klipp und klar antworten. Bryan er-
widerte in einem Briefe, der jetzt in der Parteipresse abgedruckt
wird: Sie wünschen eine Antwort mit „Ja“ oder „Nein“; und so
antwortete ich mit „Nein!“

Offiziösen-Schwindel.

Die gesamte Presse konservativer, liberaler, freisinniger, demo-
kratischer und farblosler Sorte stellt wieder einen glänzenden Erfolg
des Chinagrafen Bälows fest. Zwar das am Rand des Abgrunds
stehende Amerika, das vor Verlegenheit nicht mehr ein noch aus
wisse, hat das Rundschreiben des gekrönten Staatsmanns abgelehnt.
Dagegen hätten die andern Mächte mit Begeisterung die Anregung
des Grafen Bälows acceptiert.

Man ist immer wieder erstaunt über das Maß von stupider
Unverschämtheit, mit der die deutschen Mächte die Öffentlichkeit

anzuklaffen wagen. Wenn das so weiter geht, wird Deutschland zu
einem Volk von Idioten, das nicht mehr fähig ist, die einfachsten
Gedanken zu begreifen. Sigt denn in der ganzen bürgerlichen Presse
kein ehrlicher Mann, der den Mut hat, dem hinterwäldlerischen Treiben
dieser Presse entgegenzutreten?

Die sehr einfache, unzweideutige Wahrheit ist, daß sowohl Rus-
land als Frankreich sich in der Sache der Ablehnung
Amerikas durchaus angeschlossen haben, während Englands
Antwort noch ausbleibt. Deutschlands Staatskunst hat wieder einmal
eine empfindliche Niederlage erlitten. Das hindert aber die
Bälows-Offizien nicht von einer Zustimmung Frankreichs und Rus-
lands zu schwaugen.

Was war das „Programm“ des Grafen Bälows? Es war in
dem ersten Satz des bekannten Rundschreibens enthalten:

„Die Regierung Seiner Majestät des Kaisers erachtet als
eine Vorbedingung für den Eintritt in diplomatische Ver-
kehr mit der chinesischen Regierung die Auslieferung der-
jenigen Personen, welche als die ersten und eigentlichen
Anstifter der gegen das Völkerrecht in Peking begangenen Ver-
brechen festgestellt sind.“

Also: keine Friedensverhandlungen, bevor nicht — ein völker-
rechtlich idiosyncrasisches Verlangen — die „Schuldigen“ ausgeliefert sind.
Amerika hat dies Verlangen denn auch klar und deutlich abgelehnt,
Desgleichen Frankreich und Russland; es fällt diesen gar nicht ein,
die diplomatischen Verhandlungen von der Befriedigung der Rache
abhängig zu machen. Alle drei Länder haben sich gegen diese „Vor-
bedingung“ ausgesprochen.

Frankreich und Russland aber haben noch ein übriges gethan,
sie treiben ihren ähnden Spott mit dem schriftstellerischen Ergoznis
des Grafen Bälows und erklären sich in alter Scharmsigkeit bereit,
einem andern Verlangen des deutschen Staatsmanns zu willfahren.
Am Schlusse des Rundschreibens heiz es wörtlich:

„Die Regierung Seiner Majestät des Kaisers schlägt deshalb
den beteiligten Kabinetten vor, ihre Vertreter in Peking zur Be-
zeichnung derjenigen leitenden chinesischen Persönlichkeiten aufzu-
fordern, über deren Schuld bei der Aufklärung oder der Durch-
führung der Verbrechen der Zweifel ausgeschlossen ist.“

Das war ein so kindlicher Wunsch, daß nur ein Unmensch sich
ihm zu widersehen vermöchte. So haben sich denn Frankreich und
Russland — schade, daß man die Diplomaten nicht photographirt
hat, als sie diese Einwilligung stillschwiegen! — bereit erklärt, ihre
Vertreter in Peking zu ersuchen, die schuldigen Persönlichkeiten nam-
haft zu machen.

Und aus dieser Verantwortung des Rundschreibens machen die
Bälows-Offizien ein — Einverständnis.

Thatsächlich hat man bisher — abgesehen von England, dessen
Antwort nicht bekannt ist — überall mit aller Deutlichkeit die grund-
sätzliche Forderung des Grafen Bälows abgelehnt, erst die Rache zu
sättigen und dann in Verhandlungen einzutreten. Wieviele sind die
Mächte, in erster Linie Amerika, allem Anschein nach, eifrig dabei,
Unterhandlungen mit China einzuleiten. Nur England sucht durch
Ausstreuung alarmierender Nachrichten neue Wirren zu produzieren,
weil bisher seine Chinapolitik nicht viel besser abgeschnitten hat als
die deutsche.

Die Truppen, die dort gelandet sind, vertreiben sich unterdessen
die Zeit, indem sie Massakres anrichten und Forts erobern, die
niemand verteidigt.

Ein besonderer Uebelstand ist es, daß nun auch die deutschen
China-Korrespondenten die nichtswürdigste Zurechtweisung betreiben.
Ihre Nachrichten sind sämtlich derart, daß sich die Mächte
füglich die Kabeltelegramm-Kosten hätten ersparen können und die
Neulungen gleich im Berliner Auswärtigen Amt hätten aufertigen
lassen sollen.

Der deutsche wie der englische Nachrichtendienst ist völlig wert-
los und ist nur geeignet, die Verwirrung zu steigern.

Die amerikanische Antwort.

Der Wortlaut der amerikanischen Antwort wird von der „Frankf.
Zeitung“ veröffentlicht:

Keine Strafmaßregeln können so wirksam sein, um erlittene
Unrecht wieder gut zu machen und als Beispiel für die Zukunft
abzuschrecken, als Degradation und Bestrafung der ver-
antwortlichen Urheber durch die kaiserliche Autorität selbst.
Es erscheint nur gerecht gegenüber China
zu sein, daß man ihm in erster Instanz Ge-
legenheit bietet, dies zu thun. Indem die Regierung
der Vereinigten Staaten dies glaubt und die ausgesprochene Ab-
sicht, die verantwortlichen Urheber des in China erduldeten Un-
rechts vollständig zur Rechenschaft zu ziehen, festhält, ist sie nicht
geneigt, sich der Forderung anzuschließen, daß, als eine Präliminar-
bedingung vor dem Eintritt in diplomatische Beziehungen zur
chinesischen Regierung, besagte Regierung den Mächten diejenigen
Personen ausliefern soll, welche nach der Bestimmung der Mächte
selbst als die wahren Urheber jener Vergehen zu halten sind. Die
Regierung ist geneigt, die Bestrafung der hochgestellten verant-
wortlichen Urheber im wesentlichen für eine Bedingung zu halten,
die in die Verhandlungen wegen einer endgültigen Regelung ein-
geschlossen werden soll. Es ist die Absicht der Regierung, sobald
als möglich Bevollmächtigte zu Verhandlungen über eine Regelung
mit China zu ernennen.“

Russland zieht die Truppen zurück.

Der „Kowoje-Drenja“ wird aus Odesa gemeldet, dort sei eine
Expedition angelangt, nach welcher alle Freiwilligen, die in Odesa
eingetroffen sind, um sich nach Oshafen zu begeben, heimzulehren
haben.

**Marin Nachrichten.**

Die „Morning Post“ meldet aus Shanghai von gestern: Die Regierung ist vollständig in den Händen des Prinzen Tuan; Kangli sowie die Generale in der Provinz Kwangtung sind nur Werkzeuge des Prinzen. Die Geheimgesellschaft „Kow-tai-wai“ wird eine Quelle großer Gefahr. Der Einfluss dieser Gesellschaft ist größer als derjenige der Boxer. Tausende von Arbeitern in der Hoffnung, den Kaiser von Kanton, der gegen die Fremden wohlgesinnt bleibt, zu beiseite zu bringen. Die Lage im Yangtse-Gebiet ist thatsächlich kritisch. Englische Landzweige!

**Eine Jagdpartie.**

Der „Vol.-Anz.“ läßt sich unterm 18. September aus Peking melden:

Die gefürchte gemeinsame Expedition gegen die Boxer, an der auch Deutsche und Italiener teilnahmen, war leider durch englische und amerikanische Telegromme auf beiden Seiten zu früh bekannt geworden. Die beiden letztgenannten Kontingente überraschten noch vereinzelt Boxer in Pa-ta-tschu und übernachteten dort, während die andern Truppen nach Peking zurückkehrten. Für uns war es übrigens ein vortrefflicher Übungsmarsch nach dem romantischen am Fuß der Berge gelegenen Pa-ta-tschu, das seiner Zeit durch ein besonderes Dekret der Kaiserin zum Hauptstützpunkt der Boxer bestimmt wurde. Immer bestimmter wird hier behauptet, der Kaiser habe sich von der Kaiserin-Mutter getrennt und halte sich in La-tung, 250 Kilometer westlich von Peking, auf.

Der Korrespondent des „Vol.-Anz.“ betrachtet, wie man sieht, die China-Aktion vom Standpunkt eines Jagdtrüfens, der nur bedauert, wenn er nicht genug Menschen-Bild zur Strecke gebracht. Uebrigens haben die China-Geldern wieder ein Fort „erobert“. Es wurde kein ernstlicher Widerstand geleistet! — heißt es in der Siegesbotschaft.

**Politische Uebersicht.**

Berlin, den 25. September.

**Die Landtagwahl-Frage.** Der liberale „Hannoversche Courier“ schreibt zu dem Mainzer Beschluß über die Beteiligung an den Landtagwahlen:

Die Tragweite des Mainzer Beschlusses ist unabsehbar. Die erste Folge wird sein, daß in das nächste neu zu wählende preussische Abgeordnetenhaus die Socialdemokratie ihren Einzug hält. Wenn sie auch schwerlich in einem Wahlkreise die absolute Mehrheit der Wahlmänner zu erlangen vermag, so wird sie doch vielfach die ausschlaggebende Stellung bekommen und mit den Freisinnigen Wahlbündnisse abschließen, durch die ihre Mandate gesichert werden. Wenn man sich übrigens erinnert, daß die Socialdemokraten schon 1898 in einigen Kreisen, wo sie sich energisch an der Agitation beteiligten, überraschend große Minderheiten von Wahlmännern durchbrachten, der wird auch Ueberraschungen bei den nächsten Landtagwahlen, z. B. in den ländlichen Kreisen, zu denen die Berliner Vororte gehören, für nichts weniger als ausgeschlossen halten können.

Hiergegen erklärt die Freisinnige Zeitung in ihrer schätzbaren Weise, die Socialdemokratie hätte gar keinen Grund zum Varambasierten, weil sie aus einer Partei kein einziges Mandat erringen könne. Der Freisinnigen Eugen Richters ist nur glückselig so weit heruntergekommen, daß er das rettende Dreifassensystem segnet. Freilich der Kommunalreform rechnet ja längst dieses Wahlrecht, das ein Hohe auf alles konstitutionelle Empfinden ist, unter die heiligsten Güter der freisinnigen Bourgeoisie.

Wenn übrigens das Organ Eugen Richters einen Widerspruch darin sehen will, daß der „Vorwärts“ zum Kampfe gegen das Junkertum aufgerufen, dann oder es auch abgelehnt hatte, sich dem Freisinn bedingungslos anzuschließen, so kann nur der Freisinnige darin einen Widerspruch erblicken, der selber bei der Wahl zwischen einem Junker und einem Socialdemokraten — der Junker vorzieht. Es ist nicht unsere Schuld, wenn der Freisinn im Kampfe gegen das Junkertum verlagert.

**Der Goldene Hundertjahr-Schwung** der deutschen China-politik giebt dem Berliner Mitarbeiter der „Times“ Anlaß zu folgender Meinungäußerung:

Der chauninistische „Berliner Lokal-Anzeiger“ ist bereits mit einem Shanghai-Telegramm versehen, das besagt, die Häuser würden bekränzt und es werde natürlich eine Parade aller auswärtigen Truppen stattfinden. Bei der gegenwärtigen Stimmung der Alliierten würde es vielleicht besser sein, wenn so wenig als möglich „Paraden“ oder Begleitschutztelegramme und Reden abgelesen würden. Aber da der Oberbefehlshaber zufällig ein Deutscher ist, so wird es zweifellos notwendig sein, in gewissen Grade den besonderen Gewohnheiten dieses Landes sich anzupassen. . . Verschiedene deutsche Blätter weisen bereits auf die Gefahr einer Fortsetzung des Waldeck-Rummels auf chinesischem Boden. Man hofft, daß der Takt und die Erfahrung des Oberbefehlshabers selbst eine Wiederholung der Szenen verhindern wird, welche vor seiner Abreise „beliebt“ wurden.

Warum hat man nicht längst statt des stets „unbekannt wohin“ verzögerten Reichskanzlers Höhenlohe den immer und überall aufstrebenden August Scherl mit dem Arrangement der deutschen Politik betraut. Dann würden selbst die „Times“ an der Pracht keinen Anstoß nehmen, anstatt, wie sie es jetzt thun, über die „besonderen Gewohnheiten Deutschlands“ hämisch zu sticheln.

**Die Harmonikas von Jericho.** Unser Stuttgarter Parteiorgan schreibt: Im 6. Kapitel des Buches Josua hat ein schwäbischer Fabrikant das Mittel gefunden, mit dem die „gelbe Gefahr“ durch einen Windstoß zu beseitigen, mit dem es ein Kinderspiel ist, die deutschen Fahnen zwar nicht auf den Mauern von Peking und ganz China, aber auf den Thürmen derselben aufzupflanzen. Wir lesen im „Schw. Vöten“ folgende Notiz:

Trossingen, 22. September. Matth. Hohner, Mundharmonika-Fabrikant hier, stellte dem Reichs-Marineamt 6000 Stück ihrer in Qualität vorzüglichen Fabrikate als Liebesgabe für das deutsche Expeditionscorps in China zur Verfügung. Die Gabe ist mit eingetrossenen Schreiben angenommen und bereits an die Hauptquartiere Bremen abgegangen. Die Instrumente sind mit auf den Harmonikabeden eingepreßter patriotischer Widmung versehen und tragen überdies noch das Portrait des deutschen Kaisers und dasjenige des Oberkommandierenden, Grafen Waldersee.

Was das für die Chinesen bedeutet, das erzählt uns der israelitische Feldherr Josua.

Jetzt wissen wir, warum der Weltgeneralissimus im Voraus seinen Triumphzug antreten konnte; er war des Sieges gewiß, hatte er doch die 6000 wunderthätigen Mundharmonikas mit sich.

Und die Harmonikanten werden ein Feldgeschrei machen und die Mundharmonikas blasen. Und die Rauern fielen um und das Volk erliegt die Stadt, ein Jeglicher stracks vor sich. Also gewonnen sie die Stadt und verbrannten alles, was in der Stadt war, mit der Schärfe des Schwerts, beide, Mann und Weib, Jung und Alt, Ochsen, Schafe und Ciel.

**Der Germanisierungs-Michel.** Herr v. Miquel ist mit einigen Kollegen nach Posen gereist, um nun endlich die „Ostmarken“ zu germanisieren. Der Wärbre Schweinburg, dessen Herz auch am Germanisieren hängt, ländigt offiziell an, es handle sich bei der jetzigen Ministerkonferenz in Posen nicht um Erwägungen, sondern um die Durchführung konkreter sprechbarer Pläne zur Stärkung des Deutschtums. Es gelte, die Mobilitäten der Auswanderung von Rohregeln, die Zweck Hebung des Kultur-niveaus der Stadt Posen, wie Entfestigung, Errichtung von Theater, Bibliothek, Kasino, Stärkung und Hebung des Klein-gewerbes und des Handwerks, und der ganzen Provinz geplant werden, endgültig festzustellen.

Wenn man auf diese Weise durch Theater, Kasino und Mittelstandsretterei Posen gründlich germanisiert haben wird, dürfte es bald überhaupt keine — Deutschen mehr in der Provinz geben. Denn diese unglücklich komische Art preussischer Germanisiererei muß jeden vernünftigen Deutschen auf die Seite der Polen und die Polen selbst zum äußersten Widerstand treiben.

**Gewerbliche Kinderarbeit außerhalb der Fabriken.** Im Frühjahr 1898 wurde auf Veranlassung des Reichskanzlers eine Erhebung über die gewerbliche Kinderarbeit außerhalb der Fabriken in den einzelnen Bundesstaaten vorgenommen. Die Ergebnisse dieser Erhebung hat das kaiserliche Statistische Amt alsbald bearbeitet und in Form einer Denkschrift nebst Tabellen dem Reichskanzler des Innern vorgelegt, wofolbst inzwischen Vorschläge über die Regelung der gewerblichen Kinderarbeit außerhalb der Fabriken ausgearbeitet worden sind. Die Ergebnisse der genannten Erhebung werden namentlich, wie die „Verl. Korresp.“ mitzuteilen in der Lage ist, in den Vortragsheften zur Statistik des Deutschen Reichs (Heft III dieses Jahrgangs) veröffentlicht. Sie behandeln neben dem Umfang der außerhalb der Fabriken stattfindenden gewerblichen Kinderarbeit — über eine halbe Million derartige Kinder wurden 1898 in Deutschland gezählt — auch Art, Dauer dieser Beschäftigung, Alter der betreffenden Kinder, Beschaffenheit der Arbeitsräume, Arbeitslöhne der Kinder, endlich polizeiliche Bestimmungen über diese Kinderarbeit. Auch sind die wesentlichen Bestimmungen, welche im Ausland bezüglich der gewerblichen Beschäftigung von Schulkindern gelten, mitgeteilt.

**Anarchistische Nummernmärchen.** Wir haben schon mancherlei Beispiele beigebracht, wie die reaktionäre Presse aller Länder, zuvörderst die deutsche, sich bei wirklichen oder angeblichen Attentaten diese zu anarchistischen oder überhaupt politischen Handlungen zu stempern. Noch ehe die Motive der That bekannt sind, noch bevor die Person des Täters feststeht, beginnt die Hege gegen die „Umsturzpartei“. Bei Gelegenheit des Attentats auf König Humbert konnte man wieder dieselben Beobachtungen machen. Wir haben das Attentat aus rein menschlichen sowohl als auch aus politischen Gründen verurteilt, wie wir jede Gewaltthätigkeit verurteilen. Steht es hier einmal unzweifelhaft fest, daß P. Rossi ein Mann der Propaganda der That ist, so haben die reaktionären Blätter an diesem einen Beispiere nicht genug. Sie bemühen sich, die Potentaten aller Länder in Furcht zu erhalten und in ausnahmsweise geistliche Stimmung zu versetzen. Was in dieser Beziehung geschwindelt wird, geht aus einer sehr interessanten Korrespondenz hervor, die der Berliner „Vollzeitung“ aus Rom zugeht:

Der Anarchistenputz treibt in der italienischen und leider auch deutschen Presse ein tolles Spiel. Papst Leo XIII. soll von der amerikanischen Polizei gewarnt worden sein, weil vor drei Wochen drei Attentäter mit drei Revolvern und Nordplänen aus New York abgereist seien; weder dem Gesandten in Rom noch dem Konsul der Vereinigten Staaten in Mailand ist etwas von dieser Warnung bekannt.

Dem Nordpolfahrer Ludwig, Herzog der Abruzzen, wurde, so heißt es, von einem verruchten Anarchisten aus der berühmten Käsestadt Parma angefanert; dieser Missethäter aber ist samt seinem Kältemesser nirgends zu finden. Von dem gräßlichen Anarchisten Walter aus der Schweiz, welcher von San Sebastian aus den spanischen Königs-jüngling und gleichzeitig den älteren Herrn Präsidenten Loubet abschlagen sollte, behaupten die großen Eidgenossen, daß er gar nicht existiert.

Sobald es der Ueberfall der Königin-Witwe Margherita am Nijarina-See durch einen anarchistischen Advokaten zu vermelden; der schlimme Wurdich aber kam gar nicht bis in jenes materische Dolomitenthall, weil er schon in Velleuno als wahnsinnig erklant und festgehalten worden war; seine Waffe bestand aus fünf großen Alienasszilen. Was neuerdings vom Prozeß gegen Vrescis Helfers-helfer und gegen dessen Geliebte Emma Quazza von Wiener Zeitungen berichtet wird, ist römischer Phantastie entsprungen. Emma Quazza ist samt Vater und Oheim von der Strafammer in Mailand längst außer Verfolgung gesetzt und seit sechs Wochen aus der Haft entlassen worden.

Also alles Humbug. Trotzdem läßt sich nicht leugnen, daß Italien die weitaus größte Zahl der Attentäter geliefert hat. Welche Ursachen diese Erscheinung hat, ist genügend erörtert worden. Die geringe Schulbildung, das unglückliche Elend, in dem das italienische Volk dahingevegetiert, schafft den Sumpfboden für diese Verzeiwungs-thaten.

Was die Socialdemokratie — auch in Italien — thun kann, der Gewalt- und Rachepolitik entgegenzuarbeiten, das geschieht. In Wort und Schrift weist sie auf das Verwerfliche und Unmögliche des politischen Menschentums hin, in der Presse und im Parlament tritt sie ein für bessere Schulbildung und für moralische und materielle Hebung der unteren Volksschichten.

Eine geradezu unheimliche Macht löbt in dem zurückgebliebenen Lande aber die Geistlichkeit auf die Massen und arbeitet der Aufklärungsarbeit unserer Genossen entgegen. Wie die Alexikalen ihren Einfluß auf die unteren Volksschichten ausüben, sagt uns eine andre Korrespondenz des oben genannten Blattes:

Der neunte wegen Verherrlichung des Königsmurders verurteilte Geistliche, Don D. Buono, Pfarrer von Civitella di Roxanastro (Umbrien), hat seine Pflichten zum Gebet für den „Märtyrer“ Vresci aufgefodert, „durch dessen Hand der gerechte Gott einen großen Uebelthäter gezüchtigt habe“. Die Strafammer von Camerino verordnete für diese neue Heiligenlegende sechs Monate Gefängnis und 500 L. Geldstrafe.

Nach der Vogt der Schwarzmacher milkte man nun schleunigst ein Ausnahmsgesetz gegen die Geistlichen fabrizieren.

Für einen Getreidezoll von 6 Mark treten heute die Berliner Reuest. Nachr.“ im Namen der hochschulgeldnerischen Industrie ein.

Das Kartell der Bucherer bewilligt sich gegenseitig das Fell der Konsumenten.

**Die Manöver — eine Landplage.** In sächsischen bürgerlichen Blättern war dieser Tage der Schnitzerschnitzerei eines Bauern enthalten, in dem es u. a. hieß:

Vom 22. August bis mit 17. September haben wir in der Roffen-Döbener Gegend Einquartierung, also beinahe vier Wochen lang. Diese sich jetzt drei bis vier Jahre wiederholenden Manöver sind fast zur Landplage geworden, wenigstens für viele Gegenden unseres Vaterlands. Es giebt hier manchen Gutsbesitzer, der in den letzten Jahren kaum im Stande war, seine Schulden zu aufzubringen, trotz allen Fleißes von früh bis abends und bei einer Lebenshaltung, mit der sich wenig großstädtische Industrie- und Bauarbeiter begnügen würden. . . und diese Leute haben 15, 20 und mehr Mann fast vier Wochen lang im Hause bei voller Verpflegung! Was das für die Hausfrau bedeutet, wird wohl jeder vernünftige Mensch einschätzen. Pro alle diese Mühe zahlt ja auch das Reich anständig, 80 Pf. pro Mann und Tag, und Lagerbeden darf er sich selbst laufen. Will der Bauer wirklich nur 80 Pf. aufwenden und verlangen, daß der Soldat sich ohne Beden begnügt, so hat er bereits am zweiten Tage Kranke und Unzufriedenheit im Hofe, also nur ruhig aus eigener Tasche zuzusehen falls Vaterland. Nun zahlen ja auch viele Gemeinden einen Zuschuß in diesen Fällen aus der Gemeindefasse; aber was will das sagen in diesen kleinen Gemeinden, die meistens nur aus einigen Gärten und Häusern bestehen? Gar nichts! Sie tragen die Lasten der Gemeinde immer wieder allein, und diese sind sehr bedeutend, selten unter 100 Prozent, aber meistens weit höher, derartiger Lasten des Militarismus, die ja unbedingt sein müssen, zum größten Teil auf den Landgemeinden und kleinen Städten, die ebenso daran sind, liegen? Was

trägt denn der reiche Mann in der Großstadt, zum Beispiel in Ihrem englischen und schweizer Viertel, dazu bei! Leute mit 30, 40 und mehr Tausend Mark Einkommen amüsieren sich jetzt im Seebad, Gebirge oder Paris, und die Bauerknecht plagt sich indessen fürs Militär, allerdings genau wie die Stadtdamen . . . auch für ihr Geld!

Daß der Klagen ein guter Patriot und Verehrer des Militarismus ist, geht deutlich aus seinen Worten hervor; er hält den Militarismus für „unbedingt“ notwendig. Nun, es kann uns gewiß recht sein, wenn der Militärdienst sich auch bei solchen Leuten gründlich verhaft macht.

Einen konfessionlosen Finanzminister besitzt jetzt das Großherzogtum Hessen. Der frühere Bürgermeister von Gießen, Gnaath, der zum hessischen Finanzminister ernannt worden ist, stellt in der „Frankf. Ztg.“ gegenüber einer irrigen Meldung fest, daß er noch immer ein Abtrünniger der Kirche sei.

Wenn man nicht die hessischen Finanzen unheilbar zerrüttet werden!

**Militärische Vehme.** Das bairische Kriegsministerium ist bezüglich der Ausführungsbestimmungen zur Militär-Strafgerichtsordnung ganz dem preussischen Beispiel gefolgt. Es hebt durch eine Verordnung die durch das Gesetz gewährleistete Öffentlichkeit in der That vollständig wieder auf — wegen „Gefährdung der Disziplin.“

**Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse.** Wegen Majestätsbeleidigung durch eine Wirtshausanherung über die Stellung des Kaisers den Voeren gegenüber ist in Dresden ein Arbeiter zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden.

**Ausland.**

**Frankreich.**

Einen Schlag gegen den Alexikalismus hat soeben der französische Kriegsminister geführt. Er hat befohlen, sämtliche Lehrer an der Kriegsschule in Saint Cyr, welche aus von Geistlichen geleiteten Unterrichtsanstalten hervorgegangen sind, durch solche Offiziere zu ersetzen, die ihren Unterricht ausschließlich in Staats-schulen erhalten haben. Infolge dieses Fehls sind ein Major und 30 Lieutenants, welche bisher an der Kriegsschule gelehrt haben, in ihre Regimenter zurückberufen worden. Die konservativen Blätter protestieren in schärfster Weise gegen diese Maßnahmen, welche der jüngsten armeefreundlichen Rede Koybets durchaus widersprechen.

**Belgien.**

**Sipido,** der jugendliche „Attentäter“, der, wie wir kürzlich berichteten, in der Schweiz sich aufhielt und dort von belgischen Geheimpolizisten gefucht wurde, ist jetzt in Paris entdeckt worden. Die belgische Gesandtschaft steht mit der französischen Regierung in Unterhandlung, um die Auslieferung Sipedos zu bewirken.

**Spanien.**

Marshall Martinez Campos ist gestorben. Campos hat einige glückliche Feldzüge in Parollo und Kuba angefochten und ist dadurch berühmt geworden. 1895 war er zum zweitenmal als Befehlshaber in Kuba, wurde aber, da es ihm nicht gelang, die Kubaner zu unterwerfen, von dem brutaleren Wepler abgelöst. 1870 kämpfte er gegen die Karlisten und ließ 1874 den Prinzen Alfons zum König ausrufen. Campos war auch Politiker und ist in mehreren Ministerien als Kriegsminister und auch als Ministerpräsident vertreten gewesen. Er hat ein Alter von 66 Jahren erreicht.

**Rußland.**

Verhaftet wurden in Warschau acht Redacteurs polnischer Nationalität, angeblich wegen politischer Umtriebe.

**Afrika.**

Vom südafrikanischen Kriegsschauplatz sind die Nachrichten äußerst düster. Nach den Meldungen des „Reuterischen Bureau“ soll am 25. beim Sabiafluß an der transvaal-portugiesischen Grenze ein Gefecht stattgefunden haben.

Lord Roberts hat eine neue Proklamation erlassen, in welcher er den noch nicht unterworfenen Burchers mittelst, daß sie nicht in die Verbannung gesandt würden, falls sie sich noch freiwillig unterwürfen. Roberts hofft, durch diese Versicherung die Unterwerfung zahlreicher noch kämpfender Voeren und Burchers zu erzielen. Roberts schiffte sich am 3. Oktober in Kapstadt ein.

Aus Paris wird gemeldet: Die Ueberfahrt des Präsidenten Krüger auf einem holländischen Kriegsschiffe erfolgt, wie es heißt, deshalb, weil Beweise vorhanden sein sollen, daß englische Kriegsschiffe den Befehl erhalten, den österreichischen Lloydampfer „Styria“, auf welchem für Krüger bereits Plätze belegt waren, auf hoher See anzuhalten, zu durchsuchen und sich eventuell Krüger sowie des in seinem Besitz befindlichen Staatsarchivs zu bemächtigen.

**Amerika.**

**Argentinien und Chili.** Aus Buenos Aires wird gemeldet: Die argentinische Presse tadelt in sehr scharfer Weise die Haltung der chilenischen Regierung gegenüber Bolivien hinsichtlich eines Ultimatum, welches vom chilenischen Gesandten überreicht worden ist. In demselben wird die Anerkennung der Souveränitätsrechte Chiles über das nach dem Krieg von 1882 von diesem besetzte Gebiet von Bolivien gefordert. Die bedeutendsten Blätter veröffentlichen Artikel, in welchen mit Nachdruck die Notwendigkeit des Zusammengehens der übrigen südamerikanischen Republiken betont wird, um auf diese Weise der aggressiven Politik Chiles Fägel anzulegen.

**Die Parteipresse über den Parteitag.**

Von den heute vorliegenden Äußerungen der Parteipresse verzeichnen wir auch jetzt zunächst die zur Landtagwahlfrage vorliegenden, die abermals in der Mehrzahl den Beschluß mit Freuden begrüßen.

So schreibt der „Vollfreund“ in Karlsruhe: „Ob die starke Mehrheit der „Opportunisten“ die Wahlgegner von Berlin usw. bis zu dem wünschenswerten Maß überzeugt haben wird, wagen wir nicht zu hoffen. Dagegen ist es sicher, daß die Überzeugung von nur 1-2 Mandaten in Breslau, Frankfurt oder so irgendwo bei den nächsten preussischen Landtagwahlen rascher und wirksamer mit der Wahlgegnerchaft austräumen werde, als noch ein Duzend weiterer Parteitagdebatten über diese Frage. Der praktische Erfolg wird auch hier die ungläubigen Thomasse befehlen.“

Ferner der „Braunschweiger Volksfreund“: „Die Zurückdrängung des absolutistischen Regiments, die Zurückdrängung der politischen, wirtschaftlich aber moralisch gewordenen Junkerkaste ist im Interesse des politischen und sozialen Fortschritts erforderlich und daher konnte die größte Partei Deutschlands nicht gerade dort länger Gewehr bei Fuß stehen, wo am wirksamsten gegen die beiden genannten Faktoren vorgegangen werden kann.“

„Tribüne“ in Erfurt: „Nunmehr darf man den nächsten preussischen Landtagwahlen mit Zuversicht entgegensehen. Ob es gelingen wird, einen oder mehrere Genossen in jenes reaktionäre Junkerparlament zu bringen; wir glauben es, halten es aber für nicht so wichtig, wie die That-sache, daß die Partei sich das ungeheure und bedeutungsvolle Gebiet des preussischen Landtags agitatorisch zu nutz machen will. Diese Arbeit wird viele neue und hervorragende Gesichtspunkte zu Tage fördern, und sie wird den Parteigenossen ein Ansporn sein, sich praktisch mit den ihnen zunächst liegenden Fragen des Landtags zu befassen.“

„Märkische Volksstimme“: „Erfreuliche Klarheit hat der Parteitag geschaffen in der Frage der Beteiligung an den Landtagwahlen. Jetzt hat die Partei ihre Parole, einheitlich geht sie vor zum Kampf — und so schlägt das Dreifassenswahlrecht sein mag, so wollen wir doch den Gegnern zu

\*) Im Handel ist dieser Band noch nicht zu haben.

schaffen machen. Und wenn auch Herrschucht des Bürgertums mit dessen Freiheit gefüllt — beide Eigenschaften widersprechen sich nicht, sie ergänzen sich vielmehr — und die Eringung von Mandaten unmöglich macht, so soll doch das Volk erfahren, wie schmächtig der Geldherrscher ist. Und dieses fürchten ja unsere Gegner zumeist.“

„Sächsische Arbeiterzeitung“:  
„Groß ist das Gewicht der Entscheidung, die der Parteitag in der Frage der Landtagswahl-Beteiligung getroffen hat. Die Zersplitterung, die die Partei seit Jahren schädigte, ist beseitigt, der geschlossene Aufmarsch wieder gesichert. Das ist für uns das Bedeutendste an dem Beschluß. Daß er auch sachlich das Richtige war, das werden die nächsten Landtagswahlen beweisen.“

Die der Wahlbeteiligung weniger geneigte „Schleswig-Holsteinische Volks-Zeitung“ schreibt:

„Die Mehrheit der Parteigenossen Schleswig-Holsteins und die Redaktion der „Volks-Zeitung“ hätte es lieber gesehen, wenn der ursprüngliche Bebel'sche Antrag, der die Entscheidung den Parteigenossen der Kreise nicht völlig entzieht, angenommen und jeglicher Kompromiß ausgeschlossen worden wäre. Vielleicht wird es auch nicht mit Unrecht in Preußen bedauert, daß auf einem siddentischen Parteitag, wo naturgemäß die siddentischen Genossen dominierten, für die Frage doch bloß eine theoretische Bedeutung hat, eine sogenannte Doktorfrage ist, ein für Norddeutschland bindender Beschluß gefaßt wurde, während es sich doch beispielsweise die bairischen Genossen immer energisch verbitten, wenn der Gesamtparteitag in ihre besondere bairische Taktik sich mischt.“

Aber der Beschluß, wie er nun einmal gefaßt worden, hat auch für die Minorität das Verhängende, das wenigstens das gefährlichste Kompromißexperiment, die Aufstellung nichtsocialistischer Wahlmänner, ausgeschlossen ist. Eine prinzipielle Agitation ist uns für den wichtigsten Teil der Wähler, die Bearbeitung der Urwähler, gesichert, und daß bei unserer Beteiligung an der Landtagswahl, auch wenn sie keinen Erfolg hat, die Agitation auf jeden Fall wertvoll ist, haben auch die Gegner der Beteiligung in ihrer Mehrzahl nicht bezweifelt.

Indessen, nachdem der Parteitag gesprochen, die oberste Instanz in taktischen Dingen, die wir uns selbst geschaffen haben, hat die Debatte, die Erörterung der Probleme keinen Zweck mehr! Rumme mehr haben die Tatsachen selbst das Wort und allein die Erfahrung, die Wahlen selbst, werden es lehren, ob der Beschluß das Richtige getroffen hat oder nicht, und ob er abzuändern ist oder bestehen bleibt.“

Zu den entschiedenen Gegnern der Beteiligung gehörten die „Leipziger Volks-Zeitung“ und das „Sächsische Volksblatt“ in Juidau. Beide respektieren natürlich den Beschluß des Parteitags. So schreibt die „L. V. Z.“:

„Die höchste Instanz hat also gesprochen, und die Gegner der Wahlbeteiligung sind nun gebunden, gemäß dem Beschluß des Parteitags zu handeln. Die Leipziger Genossen haben schon vor dem Parteitag keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie die Entscheidung in Mainz respektieren werden. Au getreuer Pflichterfüllung wird es nicht fehlen, wenn die neue Taktik angewendet wird; wie sie sich erprobt, was sie erreicht, wird die Erfahrung lehren. Aus der Praxis werden wir lernen, wer recht gehabt hat. Jedenfalls ist dem unheilvollen Zustande dieser taktischen Meinungsverschiedenheit ein Ziel gesetzt; und das ist für die Geschlossenheit und Einigkeit der Bewegung ein Erfolg, mag nun so oder so entschieden sein.“

Und das „S. V. D.“:  
„Die sächsische Wahlfrage bildete in den Erörterungen über die Wahlbeteiligung nur eine kurze Episode, ein Nebenstück unter Zweien; die Wahlbeteiligung in Baden und Preußen nahm einen viel breiteren Raum in Anspruch. Kein Wunder, da aus Sachsen wirklich nichts Neues für und wider mehr vorzubringen war und man nur noch auf den Spruch des Parteitags wartete, der für alle verbindlich ist.“

Mit dem JaSpruch des Mainzer Parteitags ist der Streit von nicht weniger denn vier Parteitagen aus der Welt geschafft worden; er ist insofern zu begrüßen, als er allen Deuteleien mit einem Schlag ein Ende macht.“

Der Erwähnung bedarf noch die folgende Auslassung des „Stettiner Volksboten“:

„Auf dem Mainzer Parteitag hat Genosse Bebel ausgeführt, daß die meisten großen Städte in Preußen sich für Beteiligung an den Landtagswahlen erklärt hätten, nur Berlin, Stettin und Köln seien dagegen. Mit Bezug auf Stettin ist dies ein Irrtum, der vielleicht durch die Haltung des diesmaligen Delegierten zum Parteitag hervorgerufen ist. Die Stettiner Parteigenossen haben vor zwei Jahren in drei Versammlungen die Frage der Landtagswahl-Beteiligung eingehend erörtert und sich schließlich mit großer Mehrheit für die Beteiligung erklärt. Nur aus rein praktischen Gründen, weil Stettin nur 1 Mandat hat und dieses in den Händen der Freisinnigen ist, ist von einer Beteiligung bei der letzten Wahl abgesehen worden. Dagegen hat der Stettiner Landkreis Radow-Greifenhagen sich durch eigene Wahlmänner an der Landtagswahl beteiligt. Die Erfolge waren bei der kurzen Zeit zur Agitation überraschend groß; fast alle aufgestellten Wahlmänner wurden gewählt. Die Versammlungen waren besser besucht als zur Reichstagswahl und wenn man die Sache nur vom Standpunkt der Agitation betrachten würde, so hätten sich die nicht allzu hohen Ausgaben gelohnt. Leider sind mit der Einverleibung der Vororte Grabow, Vredow und Kemitz diese zugleich aus dem Landtagswahlkreis Radow-Greifenhagen ausgeschieden, sodaß die Aussicht, die beiden konfessionellen Mandatsinhaber zu verdrängen, nahezu geschwunden ist, weil der Freisinn zu schwach ist. In Radow-Greifenhagen giebt es unseres Wissens nicht einen einzigen Parteigenossen, der die Probe aufs Exempel bedauert. Maßregelungen, mit denen die Gegner der Beteiligung die Arbeiter immer abfädelten wollen, sind absolut nicht vorzuziehen. Wenn wir Maßregelungen befürchteten, dürften wir uns ja auch nicht an den Stadtverordneten-Wahlen beteiligen, wo die Abstimmung ja gleichfalls öffentlich ist.“

## Partei-Nachrichten.

### Polkeilandes, Gerichtliches usw.

— **Note Schleifen** sind selbst in Baden staatsgefährlich. Die italienische Maurergewerkschaft in Mannheim machte am Sonntag einen Ausflug nach Schweigen. Dort wurde ihnen der schon genehmigte Zug durch die Stadt von der anwesenden Polizei verboten, falls die Teilnehmer nicht die roten Schleifen von den Armen entfernten. Da der Ausflug nicht der roten Schleifen wegen unternommen war, fügten sie die Teilnehmer.

— **Die Magdeburger Polizeibehörde und der tote Liebknecht.** Wie wir seiner Zeit berichteten, erhielt eine Frau Brink in Magdeburg ein Strafmandat lautend auf 10 M. Geldstrafe, weil sie großen Unfug verübt haben sollte durch Aufstellung der Kranzschleifen für Liebknecht. Frau Brink beantragte richterliche Entscheidung, weshalb am Sonnabend das Schöffengericht sich mit der Sache zu befassen hatte. Der Amtsanwalt beantragte die Festsetzung des Strafbeschlusses. Er sah den großen Unfug zwar nicht in der roten Schleife und der Aufschrift: „dem Soldaten der Revolution“, wohl aber in dem Wenschenauslauf, der durch die Aufstellung verursacht wurde. Der Verteidiger wies demgegenüber darauf hin, daß es im Zeitalter der Gewerkschaften ja jedermann erlaubt sei, nach seinem Belieben seine Schaulust zu delinquirieren. Wenn sich Leute vor demselben anstellen, so sei das nicht seine Schuld. Deshalb beantragte er Freisprechung. Bezüglich der Aufschrift wollte er bemerken, so führte der Verteidiger weiter aus, daß der Verstorbene Zeit seines Lebens stolz gewesen sei auf seine Eigenschaft als „Soldat der Revolution“. Wenn man ihm daher diese Aufschrift auf eine Schleife setze, die dazu bestimmt sei, seinen Garg zu schmücken, so sei einfach die gerechte Würdigung eines Verstorbenen in dieser Weise zu erblicken und niemand werde so roh sein, hierin die Absicht der Verübung großen Unfugs zu erblicken. Das Gericht folgte den Ausführungen des Verteidigers und sprach die Frau Brink frei.

— **Die Wahrung berechtigter Interessen** wurde dem Genossen Hoch in Hanau von der Strafkammer in Frankfurt a. M. zugestanden. Der angeklagt war, die dortige Polizei beleidigt zu haben. Aus Anlaß des Maurerstreiks in Hanau waren zahlreiche Belästigungen der Streikenden durch die Polizei vorgekommen, während ein gleichzeitig vorgekommener Bauunfall ungenügende Baukontrolle vermuten ließ. Genosse Hoch veröffentlichte darauf mehrere Artikel, in denen er die Polizei wegen dieser Dinge scharf angriff. Das Gericht bezeugte zwar das Verhalten der Polizei als tadellos und die Angriffe Hochs als ungerichtet; er habe aber als Redacteur einer Arbeiterzeitung und Einwohner Hanaus mit Recht verlangen können, daß sich die Polizei um die Schutzvorrichtungen genügend bekümmere und die Streikenden nicht unnötig belästige. Hoch wurde deshalb freigesprochen.

## Internationaler Socialisten- und Arbeiter-Kongreß.

Paris, 23. September 1900.

Nicht ohne Bangen durfte man der Eröffnung des Internationalen Kongresses in Paris entgegensehen. Festgesetzt als seit Jahren sind innerhalb der verschiedenen socialistischen Organisationen Frankreichs die persönlichen und taktischen Gegensätze gerade in letzter Zeit wieder in den Vordergrund getreten. — Die Frage Millerand droht die mühsam herbeigeführte Einigung wieder zu sprengen! Da lag die Befürchtung nahe, daß diese Gegensätze, die auf dem nächsten Woche in Paris zusammentretenden Allgemeinen französischen Socialistenkongreß vielleicht abermals zur Trennung führen werden, auch in den Internationalen Kongreß ihre Wellen hineinwerfen würden.

Und so geschah es leider!  
Um 10 Uhr sollte die Eröffnungssitzung ihren Anfang nehmen, lebhaft plaudernde Gruppen standen in der Wagramstraße vor dem „Bagram-Saal“ (in der Nähe des Triumphbogens am Ende der Elfsässischen Felder, die hinnerüberführen zu den Tuilerien) — die Halle des Saals — eine Art glasbedeckter Wintergarten — füllte sich langsam mit den auswärtigen Delegierten, aber Viertelstunde um Viertelstunde verarmte, ohne daß das Organisationskomitee die Verhandlungen eröffnete.

Die Franzosen waren in dem eigentlichen Kongreßsaal zusammengetreten, um sich als Delegation zu konstituieren und das zur Leitung des Kongresses bestimmte provisorische Bureau zu wählen. Dieser Saal, unmittelbar hinter der Wintergarten-Halle gelegen, war rings mit roten Fahnen geschmückt, aber der Mederchüne wählte ein mächtiges rotes Banner mit der Aufschrift: Proletariat aller Länder, vereinigen wir uns! Die mit französischer Leidenschaftlichkeit geführten Verhandlungen drehten sich um die Streitfrage, ob erst die Mandate geprüft werden sollen oder nicht, bevor das Bureau für die französische Delegation erwählt werden könne. Lafargue und Bailant lehnten es ab, vor Prüfung dieser Mandate neben Jaurès im Bureau zu sitzen; endlich um 1/2 12 Uhr zogen die französischen Delegierten unter Abführung des Liebs: „Der letzte Kampf“ in die Halle. Jaurès und der Advokat Briand (für die Föderation socialistischer revolutionäre), der Schriftsteller Allemane (für die Parti ouvrière socialiste) und Heppelheimer (Befürworter einer Manifestationsfabrik und früher socialisistischer Gemeinderat für die Broussisten) nahmen am Bureau Platz; die Anhänger Guébés und Bailants waren im Bureau nicht vertreten und hatten sofort, nachdem die Wahl der Vorgenannten ergeben, daß sie in großer Minderheit waren, den Saal verlassen.

### Die Eröffnung.

Jaurès erklärte den Kongreß für eröffnet und lud die ausländischen Delegierten ein, das Bureau aus jeder Nation durch einen Präsidenten und Schriftführer zu verstärken. Die Deutschen entsandten Singer und David, die Österreicher Adler und den Parteisekretär Skaret, die Polen Daszynski und Bimanski, die Engländer Demez, die Engländer der Gasarbeiter Curran und den Redacteur der „Justice“ Ducloux (von der Socialdemokratischen Föderation), die Russen Plechanow, Wera Sassulitsch und Kritschewski, die Holländer den Advokaten Troelsira mit seinem Fraktionsgenossen Van Kol, die Belgier Vandervelde und Jurnemont, beide Abgeordnete, die Dänen Knudsen und Jepsen, die Schweden Renander und Anderson, die Italiener Costa und Ferri, die Schweizer den Solothurner Staatsanwalt Färholz und den Kaufmann Grohstapin, die Spanier den alten Vorläufer der Internationale Iglesias und Anton Garcia Quejodo, für Amerika nahmen Sanial und Kretlow, für Argentinien Agille Cambier im Bureau Platz.

Jaurès erklärt den Kongreß für eröffnet. Im Namen der französischen socialistischen Arbeiter begrüßt er die organisierten, geeinigten socialistischen Arbeiter aller Länder. Wenn je in einem Augenblick, so sei heute es wichtig, die Arbeiter zu einheitlicher socialistischer Auffassung und einheitlicher Aktion zu bringen, weil gerade heute der Kapitalismus für seine Interessen an die schlechtesten handynistischen, bestialischen Instinkte appelliert. (Großer Beifall.) Von all den wichtigen Fragen, die auf der Tagesordnung stehen, ist die wichtigste die Organisation des internationalen Friedens und der internationalen Verbrüderung. Wir sind einig in allen Hauptpunkten; mögen über Einzelfragen Meinungsverschiedenheiten herrschen, aber es ist notwendig, über alle Meinungsverschiedenheiten hinweg die Einigungsformel zu finden, die darin besteht, daß wir auf der einen Seite mit aller Energie innerhalb der bestehenden Gesellschaft Verbesserungen zu verbesserungen der Lage der Arbeiter, Freiheiten auf Freiheiten zu erringen streben, auf der anderen Seite aber auch den Geist nicht übersehen: das Endziel, die Befreiung der Menschheit vom Kapitalismus! Und alle diese Verbesserungen, Freiheiten sind nur Schritte zum Endziel. Uns alle erfüllt der gleiche Geist. Und wenn wir Franzosen nicht die gleiche Einheit der Organisation und Taktik haben, so soll das Beispiel der anderen Länder, die Kraft, Geschlossenheit und Einheit der internationalen Socialdemokratie hoffentlich dazu dienen, uns die gleiche Einheit der Auffassung und Aktion zu geben, damit wir mit der gleichen Energie und Klarheit wie die übrigen Nationen dem Endziel der sozialen Revolutionen zuzuarbeiten. (Jubelnder Beifall.)

### Die Begrüßungsreden.

Am folgen die Anreden der Vertreter der einzelnen Länder. Als erster nimmt, von allgemeinem Beifall begrüßt, Singer das Wort zur Begrüßung des Kongresses. Im Namen der deutschen Delegation, von der eine ganze Anzahl eben vom Parteitag in Mainz hierhergeleitet sei, bringe er den Arbeitern aller Länder den herzlichsten Gruß; er sei in Mainz beauftragt worden, den Vertretern des kämpfenden Klassenbewußten Proletariats mitzuteilen, daß die deutsche Socialdemokratie nach wie vor entschlossen sei zur Befreiung und Selbsttätigkeit der internationalen Solidarität, daß sie Schulter an Schulter kämpfen wolle mit den Arbeitern aller Länder, bis das Doppelschloß der politischen Ungerechtigkeit und der wirtschaftlichen Unterdrückung zerbrochen sei. In Mainz feierten wir auf unserem Parteitag die 25jährige Wiederkehr der Einigung der deutschen Socialdemokratie. Wir Deutsche haben den heißen Wunsch, daß auch die französischen Brüder diese Einigung erreichen mögen. Und wenn es uns gestattet ist, auf die deutsche Socialdemokratie als ein Beispiel hinzuweisen, so möchte ich Ihnen hier sagen, daß erst seit der Einigung wir zu der imposanten Macht und Stärke herangewachsen sind. In der Einigkeit liegt unsere Stärke; unbekümmert um Meinungsverschiedenheiten in den Einzelheiten muß allen Socialisten die Notwendigkeit klar vor Augen stehen, über diese Meinungsverschiedenheiten hinweg unserm erhabenen Ziel zuzustreben. Wir würden nicht das leisten können, was wir geleistet haben, wenn wir nicht ausgerüstet hätten mit den klaren Meinungsverschiedenheiten, wenn nicht jeder von uns, die wir einzig im Programm sind, der Erhabenheit unsres Zieles entsprechend seine kleinen Wünsche

zurückstellen würde. Und dieses große Ziel im Auge, lassen sich alle Meinungsverschiedenheiten überwinden und allen Socialisten sollte immer diese Notwendigkeit der Einigung in der Taktik und Aktion vor Augen stehen. (Allgemeine Zustimmung bei den Franzosen.)

Auf unserer Tagesordnung steht auch eine Frage, die uns Deutsche auch auf unserm Parteitag beschäftigt hat. Und hier wie dort wird die Antwort die gleiche sein: der Weltfriede des Militarismus, des Chauvinismus, des Kapitalismus setzen wir entgegen die Weltpolitik der Interessengemeinschaft des Proletariats aller Länder, die Weltpolitik des internationalen Friedens; der Glaub- und Eroberungspolitik der herrschenden Klassen stellen wir entgegen die internationale Solidarität; der Interessengemeinschaft der Ausbeuter die Interessengemeinschaft der Ausbeuteten. Und zur äußeren Bekundung dieser internationalen Einheit des Proletariats rufe ich im Auftrage der deutschen Socialdemokratie: Die internationale Socialdemokratie, sie lebe hoch!

Jubelnd stimmt der Kongreß in das Hoch mit ein.

Peter Curran, der Delegierte der englischen Gasarbeiter-Gewerkschaft, erklärt im Auftrage der englischen Vertreter: Wir Engländer sind mit allem Eifer dabei, was Jaurès und Singer ausgeführt haben. Die englische Delegation setzt sich aus verschiedenen Organisationen zusammen: aus Gewerkschaften und politischen Organisationen, aber wir sind alle für den internationalen Frieden und die internationale Solidarität und wir sind entschlossen, alles zu thun für die Einigung der Arbeiter. Und wir protestieren ausdrücklich gegen die Nachricht, daß englische Socialisten die Politik der englischen Regierung unterstützen; nein, nochmals, wir sind alle einig in der Verurteilung des englischen Imperialismus und Jingoismus und in der Brandmarlung der kapitalistischen Diebs- und Räuberpolitik in Süd-Afrika. (Allgemeiner Beifall.) Wenn wir im monarchischen England auch keinen sichtbaren König haben, unsichtbare haben wir eine Menge. Wie die Arbeiter aller Länder haben auch wir einen gemeinsamen Feind: den Kapitalismus. Diesen zu bekämpfen, dazu kann und wird der Kongreß — so hoffen wir — ein großes Stück fruchtbarer Arbeit liefern.

Hindman (der Vertreter der Socialdemokratischen Föderation) bringt unserm verstorbenen Genossen Liebknecht die Huldigung des internationalen Proletariats dar. Sofort erhebt sich bei Reinigung des Namens der ganze Kongreß und hört die von Hindman selber in den drei Kongreßsprachen deutsch, englisch und französisch vorgelegene Ansprache stehend an. Ich kann nicht sprechen, weil ich so viel zu sagen habe, aber Sie werden mich verstehen. Liebknecht war nicht nur mein Freund, er war der Freund aller Socialisten — und wir werden den toten Kämpfer nicht vergessen, der nicht tot ist, denn er lebt in uns, weil seine Ideen in uns leben.

Jaurès: In dem Schmerz über den Verlust und in der Anerkennung über die Verdienste Liebknechts um die Sache des internationalen Proletariats sind wir alle einig, aber wir Franzosen verloren in ihm einen ganz besonderen Freund. Und wir nehmen ihn mit Stolz unsern Freund. Jaurès erinnert an den Namensunt, mit dem Liebknecht 1870/71, mitten in der Märsch der nationalen Leidenschaften, die Stimme der internationalen Solidarität der Arbeiter erhoben habe, wie er im Hochverrats-Prozesse vor den bürgerlichen Geschworenen das stolze Wort gesprochen habe von dem „Soldaten der Revolution“. Und dann erinnert er an Lawroff, mit dessen Tod die internationale Socialdemokratie einen schweren Verlust erlitten habe und an Tusch Marx, der die internationale Socialdemokratie für ihre Dienste so vielen Dank schulde.

(Hier schließt sich der in gestriger Nummer veröffentlichte Teil an. N. d. „S.“)

Paris, 24. September 1900.

### Dritte Sitzung Montagnachmittag.

Nach 1 1/2 Uhr eröffnet Singer die Sitzung. Ich habe die freudige Genugthuung, dem Kongreß mitzuteilen, daß die französischen Delegierten sich verständigt haben und zu Präsidenten die Genossen Bailant und Renoud erwählt haben. Jeden Tag werden zwei Präsidenten vorsitzen: heute Bailant und Singer, morgen Hindman und Costa. Die Verlesung der Verbrüderung unter den Franzosen wird vom Kongreß mit jubelndem Beifall aufgenommen, die Jubelstimm besonders lauten unaufhörlich voll Begeisterung: „Hoch die Einigkeit!“ Und als Bailant mit jubelnden Worten die Solidarität der Franzosen mit den Arbeitern aller Länder verkündet und an die vielen erinnert, die seit dem letzten Pariser Kongreß 1889 der Tod aus unsren Reihen gerissen, besonders an Liebknecht, der mehr als jeder andre dafür gewirkt habe, das Prinzip der internationalen Einigkeit zu verwirklichen — brach donnernder Beifall aus, in den sich die Rufe: „Hoch die Kommune. Hoch die Einigkeit!“ jubelnd mischten.

Einzigster Punkt der Tagesordnung ist die Prüfung der Mandate.

Soweit die Nationalitäten, die in erster Linie entscheiden, nicht Beanstandungen ansprechen, begnügt sich der Kongreß mit der bloßen Entgegennahme der Berichte; nur im Streitfall entscheidet der Kongreß. Delary (von der Oueddischen Arbeiterpartei), Bürgermeister von Lille, berichtet, daß 208 Mandate für gültig erklärt worden seien, die von 478 Delegierten ausgestellt wurden. Deutschland hat 43 Vertreter der Partei, 2 der Arbeiterinnenbewegung und 8 der Gewerkschaften. England sandte 95 Delegierte, deren Zahl wäre — so führte Curran aus — wesentlich höher, wenn nicht durch die Auflösung des Unterhauses die englischen Arbeiter plötzlich in den Wahlkampf gerufen worden wären, der alle ihre Kräfte und Agitatoren in Anspruch nehme. Aus gleichem Grunde, sagt Skaret, besteht die österreichische Delegation aus nur 10 Mitgliedern, 5 der politischen Partei, 2 der Gewerkschaftskommission und 3 von den Gewerkschaften. Italien, dessen socialistische Partei sich eben erst nach einer 14jährigen blutigen Unterdrückung durch die reaktionäre Regierung zu neuem Kampfe organisiert, sandte 14 Vertreter, die Gewerkschaften sind leider noch so unterdrückt, daß sie keine Vertreter senden konnten. Belgien ist in allen Zweigen seiner Arbeiterbewegung, Partei, Gewerkschaften, Genossenschaften durch 87 Delegierte vertreten. Aus Rußland sind trotz aller Schwierigkeiten 29 Mandate durch 23 Delegierte vertreten. Polen, sagt Daszynski, hat infolge der politischen Unterdrückung, unter der es leidet, nicht immer die Möglichkeit, bei Ausstellung der Mandate die Förmlichkeiten zu beachten, deren Innehaltung man in gesetzmäßig regierten Ländern verlangen kann. Trotzdem haben wir von 24 Mandaten 2, von 20 Delegierten 1 beanspruchen müssen. Gegen den Delegierten, dessen persönliche Ehre und Tüchtigkeit außer Zweifel, haben wir nichts einzusetzen, nur gegen die formale Unzulässigkeit des Mandats müssen wir uns aussprechen. Wir bitten, um alle Einzelereuerungen dem Plenum zu ersparen, die Entscheidung dem Bureau des Kongresses zu überlassen.

Rosa Luxemburg wendet sich in längeren Ausführungen gegen diese Unzulässigkeitserklärung, und rollt dabei den ganzen Streit über die politischen Parteiverhältnisse auf.

Singer schlägt vor, nur noch Adler und Daszynski sprechen zu lassen, und dann die Entscheidung dem Bureau zu überlassen. (Widerpruch bei den Franzosen.)

Adler: Nicht in die Frage der Mandatsprüfung will ich mich einlassen, aber nachdem die alten Fragen der politischen Parteiverhältnisse hier aufgerollt wurden und die Rednerin dabei in französischer Sprache sich einer Ausdrucksweise bedient habe, die notwendig anders aufgefaßt werden mußte, als sie gemeint sei, muß ich als Vertreter der österreichischen Socialdemokratie, die seit Jahren in den schwierigsten Kämpfen Hand in Hand mit den von Rosa Luxemburg angegriffenen Polen gekämpft hat, diese Angriffe zurückweisen. Es handelt sich bei diesen politischen Differenzen um Streitigkeiten metaphysischer Art; es ist eine Verleumdung, wenn Daszynski hier als polnischer Nationalist hingestellt wird. Keiner steht so wie Daszynski auf dem Boden der internationalen Socialdemokratie. Wir protestieren gegen solche Schlagworte, welche in unsre Einigkeit Breche legen, wir in Dörfreich betragen es nicht, daß man uns so in die Suppe spuckt, wir haben besseres zu thun. (Beifall.)

Nach einer lebhaften Entgegnung Daszynski's, welche den Widerspruch der Engländer heraufordert, erledigt sich die Frage der Abstimmung durch die Erklärung von Rosa Luxemburg, daß sie sich der Entscheidung des Bureaus füge.

Die Gesandten Oesterreichs sind durch zwei Delegierte vertreten, Schöner durch 10 Delegierte mit 11 Mandaten, Dänemark durch 10 Delegierte, wovon 8 auf die Partei, 2 auf die Gewerkschaftsleitung, die andern auf Einzelorganisationen entfallen. Holland durch 9, Spanien durch 4 Delegierte, wovon 3 die sozialistische Arbeiterpartei, der vierte die gewerkschaftliche Organisation vertritt. Schweden durch 8 Delegierte, 2 für die Partei, 1 für die Eisenbahnarbeiter. Amerika ist durch 5 Delegierte vertreten; die Streitfrage über die Gültigkeit der von verschiedenen Organisationen ausgehenden Mandate wird dem Bureau überwiesen. Die Argentinische Republik sandte zum erstenmal einen Delegierten zum Internationalen Arbeiterkongress. Bulgarien 3, Portugal betraute mit drei Mandaten Jaurès, Norwegen ist durch 1, Island durch 3 Delegierte vertreten, was der Berichterstatter als ein freundliches Zeichen für das sozialistisch-revolutionäre Erwachen dieses Agrarlandes bezeichnet. Er regt an, auch Island eine eigene Vertretung zu gewähren, wie den Czechen und Polen.

Nach Verlesung einer Reihe von Zustimmungsschriften und Telegrammen wird um 5 Uhr die Sitzung geschlossen.

#### Die deutschen Delegierten sind:

Kurtz, Auer, Bömelburg, Braun-Königsberg, Breh-Hannover, David, Diederich-Bremen, Dollens-St. Ingbert, Elm, Erdmann-Köln, Frick-Berlin, Richard Fischer, Ged, Gradnauer, Grenz, Haase-Königsberg, Haase-Posen, Hildebrandt-Stuttgart, Haupt-Magdeburg, Hug-Bonn, Jhrer Emma, Kohle-Berlin, Kumer, Kummer, deutscher Verein Brüssel, Kühn-Langenbielen, Legien, Rosa Luxemburg, Meiß, Mollenbaur, Müller-Vogel, Reichle-Altenburg, Müller-Hamburg, Käthe, Krefmar-Württemberg, Kögold-Berlin für Metallarbeiter, Köhle-Hamburg, Holzarbeiter, Singer, Schwarz-Theodor, Slomke-Vielefeld, Segh, Swienty-Halle, Schilde-Stuttgart für Metallarbeiter, Störwer-Hamburg, Seelute, Stähler-Hamburg, Schneider-Läterow-Berlin, Trapp, deutscher Leseklub Paris, Ulrich-Offenbach, Volkmar, Benzler-Ludwigshafen, Wurm, Klara Jettin-Bundel, Frau Jettin-Hamburg, Wäsner-Stuttgart für Handschuhmacher, Zielinski, Frankfurt a. M.

Paris, 24. September 1900

#### Vormittags-Sitzung.

Am Montag um 10 Uhr trat die deutsche Delegation zu ihrer konstituierenden Sitzung zusammen; in das Bureau des Kongresses werden definitiv ernannt: Singer und David sowie als Uebersetzerin Klara Jettin. Die Mandatsprüfungskommission wird aus dem Genossen Kurtz, Auer und Meiß gebildet. Nach dem Vorschlage des Organisationskomitees sollen zur Vorbesprechung der einzelnen Punkte der Tagesordnung und zwecks Ausarbeitung von Resolutionen zur Vorlage an den Kongress für jeden Punkt der Tagesordnung je eine Kommission gebildet werden, in welche jede Nation 2 Mitglieder entsendet.

Die provisorische Tagesordnung lautet:

1. Ausführung der Beschlüsse der Internationalen Kongresse. Auffassung und Anwendung praktischer Methoden für die internationale Verständigung, Organisation und Aktion der Arbeiter und Sozialisten.
2. Internationale Gesetzgebung behufs Begrenzung des Arbeitstags. Diskussion über die Möglichkeit eines Mindestlohns in den verschiedenen Ländern.
3. Notwendige Bedingungen für die Befreiung der Arbeit: a) Organisation und Vertretung des Proletariats als Massenpartei; b) politische und wirtschaftliche Entzweiung der Bourgeoisie; c) Vervollständigung der Produktionsmittel.
4. Der Völkerfriede, der Militarismus, die Befreiung der stehenden Heere.
5. Die Kolonialpolitik.
6. Organisation der fernnährlichen Berufe.
7. Der Kampf um das allgemeine Stimmrecht und die direkte Gesetzgebung durch das Volk.
8. Der Sozialismus in den Gemeinden.
9. Die Eroberung der staatlichen Macht und die Bündnisse mit bürgerlichen Parteien.
10. Der 1. Mai.
11. Die Zukunft.

Die Kommissionen werden deutscherseits gebildet aus Erdmann-Köln und Elm-Hamburg für den ersten, Mollenbaur und Wurm für den zweiten, Segh und Haase-Königsberg für den dritten, Singer und Rosa Luxemburg für den 4. und 5., Störmer und Müller (Redakteur des „Seemann“ in Hamburg) für den 6., Gradnauer und Hildebrand-Stuttgart für den 7., Ulrich-Offenbach und Hug-Bonn für den 8., Auer und Jettin für den 9., Bömelburg-Hamburg und Kohle-Berlin für den 10., David und Köhle, Redakteur der „Holzarbeiter-Zeitung“ in Hamburg) für den 11. Punkt der Tagesordnung. Sollte die Frage des Generalstreiks zur Verhandlung kommen, sollen in diese Kommission Legien und Läterow eintreten.

Infolge des gestrigen Zwischenfalls mit Lafaryne und um den unter der französischen Delegation herrschenden Streit über die Frage, ob die Mandatsprüfung der Ernennung der französischen Bureau-Mitglieder vorangehen soll oder nicht, tritt das gestern gewählte Bureau zu einer Vorbesprechung zusammen. Kurz vor 11 Uhr eröffnet Singer, mit Beifall empfangen, den Kongress mit folgender Mitteilung:

Singer: Ich bin beauftragt, im Namen des Bureaus die Erklärung abzugeben, daß das Bureau, das gestern und heute die Verhandlungen leitete, nur als provisorisch erannt betrachte. Die definitive Konstituierung soll erst erfolgen, nachdem jede Nation ihre Mandate geprüft hat. Da den Franzosen diese Prüfung bisher nicht möglich war, ladet das Bureau die Franzosen beider Nichtigkeiten ein, nach Schluß dieser Sitzung im Saal zu bleiben, sich zu konstituieren und die Mitglieder in das definitive Bureau des Kongresses zu entsenden.

Der Kongress stimmt dem zu.

Singer macht dann Mitteilung über die Ernennung der Kommissionen, wobei es selbstverständlich sei, daß den Delegierten der Zutritt zu den Kommissionsitzungen freistehend. Die Arbeitszeit wird gegen den Vorschlag der Engländer, die nur bis 5 Uhr tagen wollen, auf vormittags von 10-12, nachmittags 2-6 Uhr festgesetzt. Eine provisorische Tagesordnung wird en bloc angenommen, mit dem Vorbehalt Singers, sich nicht an die Tagesordnung zu halten, sondern je nach dem Fortschritt der Kommissionsarbeiten die Punkte zu behandeln.

Der Antrag Friedburgs, zuerst im Plenum zu verhandeln, weil die Meinung des Kongresses und nicht die der Kommission festgestellt werden soll, wird unter dem Beifall des Kongresses abgelehnt durch den Hinweis Singers, daß wir bloß 3 Tage und nicht 8 Monate tagen.

Um 11 Uhr Schluß der Sitzung. — Dritte Sitzung nachmittags 2 Uhr.

Die deutsche Delegation besteht aus 45 Vertretern der politischen Partei, 2 der Frauenbewegung und 8 der Gewerkschaften.

Paris, 25. September. (W. I. B.) Der internationale Sozialistenkongress beschloß die Gründung einer internationalen Kommission und eines internationalen Sekretariats, die ihren Sitz in Brüssel haben sollen. Die nötigen Fonds sollen dadurch gebildet werden, daß die einzelnen Organisationen eine jährliche Umlage von 10 Centimes von jedem ihrer Mitglieder erheben.

Aus dem Bericht der ungarischen Sozialisten bringen bürgerliche Blätter folgenden Auszug: Im Jahre 1896 wurden erschossen 19, schwer verwundet 57 Feldarbeiter und eine große Anzahl Arbeiter in Budapest anlässlich der Raifeier; verhaftet und in Untersuchung gehalten wurden 140 Arbeiter. Die „Répszava“, das Organ der Partei, hatte 10 Prozeßverfahren. Im Komitee Szereom

allein wurden über mehr als 400 Arbeiter Gefängnisstrafen verhängt von zusammen ungefähr 100 Jahren. Nach dem Bericht wurden in der Periode vom Juni 1897 bis 15. März 1899 von Gendarmen erschossen 51, verwundet 114 Arbeiter. Verhaftet und in längerer Untersuchungshaft gehalten wurden 295, ausgewiesen und abgeschoben wurden aus 38 Städten 274, blutig geprügelt in den Gefängnissen wurden 34 Arbeiter. Strafen erhielten Arbeiter zusammen 190 Jahre 6 Monate, Staatsgefängnis 9 Jahre, Geldstrafen zusammen 34 024 Kr. Versammlungen wurden verboten in 62 Städten und Gemeinden, Statutengenehmigungen in 29 Städten und Gemeinden verweigert. Aufgelöst wurden 28 Vereine. Im Jahre 1899 erschossen am 7. Januar Gendarmen 6 Arbeiter, verwundeten 32. Verhaftet und in Haft gehalten wurden 301 Arbeiter auf zusammen 1721 Tage; Gefängnisstrafen 25 Jahre 8 Monate, Staatsgefängnis 1 Jahr 11 Monate, Geldstrafen 26 846 Kronen; ausgewiesen wurden 18 Genossen. Versammlungen wurden in mehr als 200 Gemeinden überhaupt nicht abgehalten. Vom Juni bis Dezember 1899 wurden 18 Artikel der „Répszava“ konfisziert. Die Feldarbeiter-Bewegung hat seit 1896 einen mächtigen Aufschwung genommen, ist aber seither hauptsächlich infolge der andauernden wirtschaftlichen Krise und der damit verbundenen zunehmenden Arbeitslosigkeit zurückgegangen. An Bildungs-, Gefängnis- und allgemeinen Arbeiter-Vereinen befinden sich in Budapest 11 und zwar 2 deutsche, 1 polnischer, 1 italienischer, 1 czechischer; die übrigen sind ungarisch.

Paris, 24. September.

Dem Bankett der französischen Bürgermeister, zu Gunsten der Republik folgte am Tag der Eröffnung des internationalen Sozialistenkongresses ein Bankett der sozialistischen Gemeinderäte Frankreichs, eine imposante Kundgebung für die soziale Republik. Es hatten sich zu dieser Feier, deren Veranstalter die sozialistischen Gemeinderäte von Paris, im besondern deren Vorsitzender Navarre waren, mehr als 600 Personen eingefunden, die den Saal bis zum letzten Platz füllten; es waren französische Bürgermeister und Gemeinderäte aus allen Teilen Frankreichs, zum Teil mit Frau und Kind, sowie eine ganze Anzahl ausländischer Genossen. Singer und Wurm, die Belgier Anjele, Furnemont und Vanderwilde, der Italiener Costa, der Oesterreicher Adler.

Querst ergriff der Vorsitzende Gemeinderat Navarre das Wort und begrüßte die Ercheinenden, die, wie er sagte, gekommen wären, um gegen die nationalpolitischen Wahlen in Paris zu protestieren, wie 1792 die Provinz nach Paris kam, um die Tyrannen zu stürzen. Sodann sprachen die Genossen Angoncourt, Bürgermeister von Lyon, der die Versammlung als Protest gegen Nationalismus, Militarismus und Militarismus betrachtet wissen will, und Flaissières, Bürgermeister von Paris, der die Größe seiner Wähler überbrachte. Im Namen der ausländischen Gemeinderäte sprach Singer — seine Rede wurde von Vanderwilde ins Französische überetzt — über die Bedeutung des Kommunalsozialismus und der Internationalen. Er schloß mit dem mit lauten Beifall aufgenommenen Rufe: „Es lebe die Internationale! Es lebe die Kommune!“ Schließlich sprachen noch Furnemont und einige Franzosen. Unter dem Gelang der Internationale gingen die Festteilnehmer auseinander.

Paris, 25. September.

Die heutige Sitzung beschloß die Errichtung eines permanenten internationalen Komitees mit befohlenem Sekretär. Hierfür wurden 10 000 Fr. angesetzt. Der Sitz ist Brüssel. Ferner wurde beschlossen, eine internationale Bibliothek und ein Archiv, sowie ein internationales parlamentarisches Komitee zu errichten (Punkt 1 der Tagesordnung).

Am Nachmittag erledigte der Kongress den Punkt 2 der Tagesordnung durch einstimmige Erklärung für den gesetzlichen Achtstundentag und gemeinsame Aktionen von Partei und Gewerkschaften. Die Festsetzung des Mindestlohns wird nur für möglich erklärt durch starke Gewerkschaften. Der erste Mai wird durch Wiederholung Londoner Resolution einstimmig erledigt. Ellenbogen referiert über Punkt 3, die Diskussion wird auf morgen vertagt. Am Freitagvormittag findet ein Zug nach der Mauer der Kommune-Kämpfer auf dem Parc Lagasse statt, woselbst der Kongress einen Kranz niederlegt.

### Gewerkschaftliches.

Die Arbeitsaufnahme nach beendigtem Ausstand der Hamburger Werftarbeiter erfolgte am Montag auf allen Werften. Bis jetzt sind noch nicht alle Arbeiter wieder eingestellt worden. Die Einstellung muß laut Vereinbarung innerhalb 6 Tagen erfolgen. Die Schiffszimmerer sind noch nicht an die Arbeit gegangen. Auf der Werft von Blohm u. Voß ist etwa ein Drittel der Arbeiter nicht eingestellt. Die Arbeitswilligen, die dort während des Ausstands angingen, sind bis auf wenige Mann gegangen. Bei der Hamburg-Amerika-Linie (Alten-Doch) sind von den Maschinenbauern etwa die Hälfte, von den 84 Schlossern sieben Mann, von den Kesselröhren noch keiner und von den Schmiedern etwa zwei Drittel eingestellt worden. In diesen Betrieben haben während des Ausstands die meisten Streikbrecher angefangen und ist die Werkstatt jetzt noch voll besetzt mit diesen Elementen. Bei H. C. Stülden Sohn sind nicht alle Arbeiter eingestellt. Janssen u. Schmittsch haben etwa die Hälfte der Maschinenbauer und die übrigen Arbeiter fast alle eingestellt. Jenen stellte bis auf einige Ausnahmen seine Leute wieder ein. Auch bei H. Brandenburg und bei H. Wende Söhne sind fast alle Arbeiter eingestellt worden. Auf mehreren Werften ist einigen Leuten gesagt worden, sie sollten am Mittwoch oder Donnerstag wiederkommen, so auch bei Blohm u. Voß.

Die Beendigung des Münchener Tischlerstreiks läßt einige Schachtmacher noch nicht recht zur Ruhe kommen. Anfänglich hatte man große Beratungen gepflogen und Beschlüsse gefaßt, unter welchen demütigenden Bedingungen den Gesellen der Eintritt in die Fabrik wieder gestattet sein sollte. Bald stellte sich aber heraus, daß schließlich die Mehrzahl der Meister sich nach Erledigung des Streiks sehnten und ihre Arbeiter meist unter den alten Bedingungen an ihren ehemaligen Plätzen wieder einstellten. Der Beschluß der Schachtmacher, zu ihrem Vergnügen die Werkstätten noch acht Tage zuzusperrn, ließ sich nicht aufrecht erhalten, die Aufnahme der Arbeit drängte. Einem der Wortführer der Unternehmer, Herrn Wöffenbaker, scheint nun der Erfolg vollends zu Kopf gestiegen zu sein, er ordnete bei Aufnahme der Arbeit an, daß künftig eine halbe Stunde früher die Arbeit beginnen müsse. Unter diesen Bedingungen erfolgte in dieser Werkstatt die Aufnahme der Arbeit nicht, die 20 Arbeiter verzichteten auf die Einstellung. Welche Maßregelungen noch erfolgen werden, ist gegenwärtig nicht zu übersehen, vor allem ist für abschbare Zeit der Zuzug nach München fernzuhalten.

### Sociales.

Das Kanonenkönigreich Krupp hat im Mai d. J. eine genaue Volkszählung vorgenommen, deren Resultat jetzt bekannt wird. Die Zahl der auf den Werken Beschäftigten betrug danach 47 330 mit 105 924 Angehörigen. Es waren darunter 4298 Beamte und 1457 Lehrlinge. Von den Beschäftigten waren 3338 Kinder Kruppischer Arbeiter. In Kruppischen Häusern wohnen 8212 Arbeiter und Beamte mit 18 466 Angehörigen. Die größere Hälfte der Beschäftigten, nämlich 26 865, kommen auf das Werk in Essen.

Die Grubenkatastrophe bei Dug ist nach einer Korrespondenz der Wiener Arbeiter-Zeitung viel verhängnisvoller verlaufen, als von den Behörden und der Grubenverwaltung zugegeben wird. Das ganze Personal, das unter Tag arbeitet, beträgt 170 Mann, von denen nur ein kleiner Teil in der Arbeit beschäftigt ist. Darauf gründeten sich die Versuche der Bergverwaltung, die Zahl der Eingefahrenen mit 85 anzugeben, indem sie einfach die ganze

Belegschaft in zwei Teile teilt. In Wirklichkeit sind an jenem Tage 123 Mann zur Tagelohn eingefahren. Kaum waren sie aber unten angelangt, als sie sofort einen betäubenden Gasgeruch verspürten. Als die Arbeiter — es war etwa 10 Uhr — den Aufsichtsberechnungen mitteilten, daß sie ausfahren wollten, wurde ihnen davon abgeredet, und als sie trotzdem schwankend waren, was sie thun sollten, kamen der Zimmerbauer Wenckebach und der Streckenmeister Tremel und forderten sie auf, sich sofort zur Arbeit zu begeben. Die Arbeiter folgten, wenn auch nur unwillig, dem Befehl. Eine halbe Stunde später erfolgte die Explosion. Ueber die Ursachen dieser Explosion wird von den Bergarbeitern erzählt: Das Feuer in dem abgesperrten Gange brannte bereits länger als zehn Jahre. Der Gang war erst vor kurzem vollständig vermauert worden, jetzt aber, da die Kohle im Preise stieg, dachte man daran, das Feuer zu löschen, um die Kohle zu retten. Dieser Ort befindet sich in der nächsten Nähe des Förderkrahnes, so daß die größte Vorsicht geboten war, dies um so mehr, als durch den vergangenen Woche erfolgten Wasser- und Sandeinbruch die Schlaggasse verbreitert und dadurch die Gefahr noch vergrößert worden war. Die nötige Vorsicht wurde nun verabsäumt und den Arbeitern, wie schon erwähnt, sogar dazu, als schon die Gefahr sichtbar war, nicht die Ausfahrt gestattet. Bei den Rettungsarbeiten haben sich wieder der Helmennt und die Geistesgegenwart der Arbeiter glänzend bewährt, im Gegensatz zu den Aufsichtspersonen, die sofort den Kopf verloren. Unter den Arbeitern, die zuerst herangezogen worden waren, befand sich auch der Bergarbeiter Köhl. Er war durch den Luftdruck in das Wasser geschleudert worden, das in den Schacht eingedrungen war. Dort war er nach einer halben Stunde mit mehreren Leichen herausgezogen worden. Er war merkwürdigerweise bloß leicht verletzt. Kaum war er etwas hergestellt, als er sich sofort zu den Rettungsarbeiten meldete. Es gelang ihm auch tatsächlich, eine Anzahl verwundeter Kollegen zu retten.

Was die Zahl der Verunglückten betrifft, ist es jetzt vollkommen sicher, daß die Angaben der Behörden, die sich auf die Angaben der Grubenverwaltung stützen, durchaus unrichtig sind. Die Behörde gab an, es seien 89 Personen eingefahren, von denen 29 unversehrt geblieben, 8 mehr oder weniger schwer verletzt sind, 43 Tote sind gefestigt begraben worden, so daß nur noch 9 Tote sich im Schacht befinden. Wie schon oben erwähnt, behaupten die Arbeiter mit voller Bestimmtheit, daß 123 Arbeiter eingefahren sind. Die Zahl der Vermissten ist eben weit größer als die Behörde zugestehen will. Uebrigens dürften von den in den Epitaphien liegenden Verwundeten noch die meisten ihren Verletzungen erliegen.

Ein deutscher Arztverband „zur Wahrung wirtschaftlicher Interessen“ hat sich in Leipzig gebildet. Er will hauptsächlich kämpfen gegen die angeblichen Gefahren, die den Ärzten aus der Krankenlassen-Gesetzgebung erwachsen.

### Versammlungen.

Eine von den lokalorganisierten Malern einberufene Versammlung tagte am Sonntag im kleinen Saal bei Keller. Es waren ca. 100-120 Personen anwesend, darunter ein gut Teil Centralisten. Dr. Pries referierte über die Lohnforderungen. Er empfahl Annahme des Tarifs der lokalorganisierten Gewerkschaft. Im wesentlichen lehnten sich die Forderungen an die Centralisten an, nur seien die übrigen klarer und präziser ausgedrückt. Vor allem haben wir das Prinzip hochgehalten: Verkürzung der Arbeitszeit. Nach einer langen, fast 5 Stunden sich hinziehenden Debatte wurde beschlossen: 8 stündige Arbeitszeit und 65 Pf. Minimallohn pro Stunde zu fordern. Ein Antrag auf die Tagesversammlung den streikenden Sattlern zu überweisen, wurde abgelehnt.

### Eingegangene Druckschriften.

Von der „Weichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Elek. Verlag) ist uns toeben die Nr. 20 des 10. Jahrgangs zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Die Frauenkonferenz zu Mainz. — Aus der Bewegung. — Beschlüsse und Resolutionen der Frauenkonferenz zu Mainz. — Familien: Kno-Wette. — Bericht von Ostrop. — (Schluß) — Rententeil von Vöth Braun und Klara Jettin: Weibliche Fabrikinspektoren. — Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen. — Sozialistische Frauenbewegung im Ausland. — Frauenbewegung. — Verschiedenes.

### Lezte Nachrichten und Depeschen.

#### China.

Paris, 25. Sept. (W. I. B.) General Bohron hat dem Marineminister telegraphiert, daß er am 22. September französische Truppen in Zatu aufgeschifft und sein Hauptquartier in Tientsin aufgeschlagen habe. Er übernahm sofort den Befehl über das Expeditionscorps. Bohron berichtet Einzelheiten über die Erstürmung der Forts von Peking, an welcher ein französisches Infanteriebataillon, eine Batterie Gebirgs-Artillerie und eine Abteilung von 80 Mann Gebirgsjägern teilnahmen. Die Chinesen leisteten nur schwachen Widerstand. Die Zahl der Verwundeten beträgt etwa 100 für die verbündeten Truppen.

London, 25. September. (W. I. B.) Der „Globe“ meldet aus New York: Gestern wurde dem General Conger telegraphisch die Weisung übermitteln, nicht nur über einen unabhängigen Friedensvertrag zwischen Amerika und China zu verhandeln, sondern auch die Vermittlung der amerikanischen Regierung zwischen den Mächten und China anzubieten. Wenn die Befehle des Kriegsdepartements an Chaffer durchgeführt werden, dann werden die amerikanischen Truppen am 1. Oktober aus Peking zurückgezogen. Vier Transportschiffe sind von Kagasaki nach Zatu abgegangen, um bereit zu sein, die amerikanischen Truppen nach Manila zu bringen.

Petersburg, 25. September. (W. I. B.) Beim Generalstab ist die Nachricht eingelaufen, daß General Schacharow am 12. Septbr. die Stadt Chantschen am Singarfluß eingenommen hat. Es wurden 6 Geschütze und eine Anzahl Gewehre erbeutet. Die russischen Truppen hatten keine Verluste.

New York, 25. September. (Meldung des „Reuterischen Bur.“) Eine hier aus Tientsin eingetroffene Depesche vom 23. September meldet: Li-Qung-Tschang geht in einigen Tagen nach Peking. Er verbietet unter strengster russischer Bewachung. Es ist schwer, zu ihm Zutritt zu erlangen. Im Laufe einer Unterredung sagte Li-Qung-Tschang, er glaube nicht, daß eine baldige Regelung wahrscheinlich sei in Anbetracht der zahlreichen Rationen, mit denen verhandelt werden müsse. Seiner Ansicht nach sei die Lage durch den Angriff auf die Peking-Forts nicht (soll wahrscheinlich heißen: noch) verwidert geworden.

Marburg, 25. September. (W. I. B.) Ueber dem Ohmdthal ging gestern Abend ein heftiges Unwetter mit schwerem Sturm und Gewitter nieder.

Budapest, 25. September. (W. I. B.) Als der Schah heute zum Wetzrennen fuhr, verfuhrte ein arnisch gekleidetes Individuum (warum „Individuum“? Die Bezeichnung Mann oder Frau hätte wenigstens den Vorzug gehabt, den Leser über das Geschlecht des „Individuums“ aufzuklären. Red.) in den Wagen des Schah eine Pistole zu werfen. Das Individuum wurde verhaftet, jedoch, nachdem es sich legitimiert hatte, wieder auf freien Fuß gesetzt. In der Penge hatte der Vorfall einen Augenblick Aufregung hervorgerufen, da man geglaubt hatte, es handle sich um einen Attentatsversuch.

Rom, 25. September. (W. I. B.) Der Mann, der das Attentat auf den Polizeichef Vidmar verübte, ist ein entlassener Polizist, der aus Rom den Anschlag angefaßt hat.

Marquette (Michigan), 25. September. (Nabeimeldung der Paris Nouvelles.) Ein heftiger Sturm verwüstete die Gegend am Oberen See und rißte große Schanden an.

Sieding in Berlin. Hierzu 2 Beilagen n. Unterhaltungsblatt.

Hauptversammlung des Centralverbandes der Orts-Krankenkassen Deutschlands.

Kürnberg, den 24. September 1900.

Im Anschluß an die gestrige Vorversammlung begann heute die Hauptversammlung des Centralverbandes der Orts-Krankenkassen. Es sind ca. 150 Delegierte erschienen. Die Versammlung wird von dem Vorsitzenden der Orts-Krankenkasse Kürnberg Fabrikbesitzer Körner begrüßt, im Namen des Kürnbergers Magistrats heißt Regierungsassessor v. Scheurer die Delegierten willkommen.

Reichstags-Abgeordneter Dr. Sabelmann-Dresden

begrüßt die Versammelten im Namen der socialdemokratischen Reichstagsfraktion. Er sei hierher gekommen, nicht um irgendwelche programmativische Sätze aufzustellen, sondern um von den in der Praxis liegenden Leitern der Orts-Krankenkassen Anregungen zu empfangen, zu lernen und die Anregungen dann im Parlament praktisch zu verwerten. Wohl kein Kongreß des Verbands sei so wichtig gewesen wie der diesmalige, denn er solle Stellung nehmen zu der in Aussicht gestellten gesetzlichen Abänderung der Krankenkassen-Novelle. Sei der Wortlaut der Novelle auch noch nicht bekannt, so würden doch bereits Stimmen laut, die den jetzt geltenden Grundgedanken der Selbstverwaltung angreifen und ihn außer Kraft setzen möchten. Er könne nur wünschen, daß der Kongreß zeigt, wie notwendig es ist, an diesem fundamentalen Grundgedanken der Selbstverwaltung festzuhalten. Was bisher über die neuen Bestimmungen der Novelle bekannt geworden sei, erinnere an den Geist der selig entschlafenen Judthausvorlage. Die Beratungen würden gewiß beweisen, daß in der Verwaltung die Interessen der Versicherten nirgends den Interessen irgend einer politischen Partei nachgestellt worden sind. Er wünsche den Beratungen der Versammlung guten Erfolg zum Nutzen des deutschen Volks und namentlich zum Nutzen der an dem Ausbau des Krankenversicherungsgesetzes so lebhaft interessierten Arbeiter. (Lebhaftes Bravo!)

Als Ehren Gäste sind noch erschienen Oberstaatsarzt Dr. Fannwig, Berlin und Gemeindebevollmächtigter Dr. Schubert-Kürnberg.

Das gestern gewählte Bureau (Apotheker Steinmeyer, Leipzig, Theodor Körner-Kürnberg, Graef-Frankfurt a. M. als Vorsitzende, Hof-Dachbedeckmeister Eichstädt-Weimar und Rentant Magnan-Berlin als Schriftführer) wird für die weiteren Verhandlungen bestätigt.

Director Illmann-Leipzig giebt den Bericht der geschäftsführenden Kasse (Leipzig). Es geht daraus hervor, daß die Leitung des Verbands sich an allen Bestrebungen, die auf die Veldämpfung der Tuberkulose gerichtet sind, thätig beteiligt hat.

In Zukunft soll der Geschäftsbericht gedruckt verbreitet werden. Der geschäftsführenden Kasse wird Decharge erteilt.

Es folgt der zweite Punkt der Tagesordnung, Vortrag des

Dr. Friedeberg

über das Thema: Die neue Krankenkassen-Gesetz-Novelle und welche Forderungen stellen die Krankenkassen hierzu: Der Referent führt aus:

Die Novelle ist noch nicht da, aber es ist schon viel daraus durchgedacht und die Tendenz der neuen Novelle ist bereits ersichtlich. Es sind mehr politische Erwägungen für die Novelle maßgebend gewesen, als die Interessen der Versicherten. Es besteht ein Mißtrauen gegen die bisherige Verwaltung der Kassen. Es hätte nicht der Angriff des Ministers von Rheinbaben im Abgeordnetenhause bedürft, um darüber klar zu werden. Der Erlaß des preussischen Handelsministers spricht eine deutliche Sprache. Es sind arge Verdächtigungen gegen die Verwaltung der Orts-Krankenkassen geschleudert worden und Aufgabe des Kongresses wird es sein, energischen Protest zu erheben gegen diese Angriffe und Verleumdungen, für die noch gar kein Material vorhanden ist, für die es erst mühsam gesammelt werden soll nach Art der Denkschrift für die Judthausvorlage. Wir werden das Bureau beauftragen müssen, diesen Protest in angemessener Form an die entscheidenden Regierungstellen weiter zu geben. (Bravo!) Was nun unsere Forderungen anlangt, so wäre es das Beste, das ganze Volk der Krankenversicherung zu unterstellen, da eine solche Forderung vorerst aber noch keine Aussicht auf Erfolg hat, wollen wir uns bescheiden und nur die Versicherung aller Arbeiter verlangen. Es müssen die land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter in den Kreis der Versicherung einbezogen werden. Die gleiche Forderung ist für das Gewerbe und die Dienstboten zu erheben. Auf beiden Gebieten hat die Invaliditätsversicherung durch die mangelhafte Krankenfürsorge den Nachteil. Die Dienstboten sind jetzt sehr lädel daran. Sie haben ein gewisses Mißtrauen gegen den von der Familie gestellten Arzt, sie glauben, er giebt der Dienstherrschaft den Wink, sie sobald als möglich zu entlassen. In vielen Fällen ist Entlassung die Wirkung des Krankheits. Krank gewesene Dienstboten gehen in die Fabriken und belasten dann die Krankenkassen arg oder sie verfallen der Prostitution. Erkrankte Dienstboten tragen, da die Tuberkulose bei ihnen häufig ist, zur Uebertragung der Seuche namentlich auf die ihnen unterstellten Kinder viel bei. Weiter müssen die nur vorübergehend und die in der Hausindustrie beschäftigten Arbeiter krankensicher gemacht werden. Erst wenn die Zwangsversicherung so weit ausgedehnt ist, kann wirklich von Arbeiterversicherung die Rede sein. Eine weitere wichtige Forderung ist die Einbeziehung der Familienmitglieder, wie sie von einzelnen Kassen, namentlich die Leipziger Kasse, schon durchgeführt ist. Eine kleine Mehrbelastung ist dabei nicht zu fürchten. Ein einziger Kinderzins kostet mehr, als die Versicherung für ein ganzes Jahr. Mit 10 Pf. Wochenbeitrag wäre die Familienversicherung zu erreichen. Es ist möglich, daß sich meine Kollegen hier auflehnen werden, daß sie von dieser Forderung eine Schmälerung ihrer Erwerbsmöglichkeit fürchten. Ein solcher Standpunkt verliert aber nur aus unsocialen Empfinden und ist ganz ungerechtfertigt.

Die Regierung will die Gemeinde-Krankenversicherungen aufheben und dagegen ist nichts einzuwenden. Die Erfahrung hat gelehrt, daß die Gemeindeversicherung die geringsten Leistungen aufzuweisen hat. Alle Orts-Krankenkassen leisten mehr wie die Gemeinde-Krankenkassen. Die Freien Hilfskassen und die Betriebskassen sind im Interesse einer gesunden Entwicklung der Orts-Krankenkassen zu befestigen. Freilich die Regierung will die Freien Hilfskassen aus politischen Gründen beseitigen und das muß uns mißtrauisch machen. In den Freien Hilfskassen sind viele organisierte Arbeiter und gegen ihre Selbstständigkeit ist der Schlag gerichtet. Deshalb haben die Orts-Krankenkassen keinen Grund, die Beseitigung der Hilfskassen zu befürworten; nicht sie werden den Vorteil von der Aufhebung der Hilfskassen haben, sondern man wird bemüht sein, die neuen Zwangsversicherten den Jammekassen und Betriebskassen zuzuführen. Jetzt sind ja die Ortskassen der Regierung auch ein Dorn im Auge. Das Verhältnis der Regierung zu den Ortskassen hat sich sehr geändert. Früher suchte man sie den Freien Hilfskassen gegenüber auszuwählen. Jetzt häßelt man die Jammekassen und Betriebskassen. Nur wenn die Orts-Krankenkassen die alleinigen Träger der Versicherung werden sollen, wenn alle Betriebs- und Jammekassen aufgehoben werden sollen, dann sollen auch die Freien Hilfskassen beseitigt werden. Wenn man diesen aber allein zu Leibe gehen will, so haben wir uns gegen diesen Angriff auf die Selbstständigkeit, gegen diese Durchbrechung des Princips zu wehren. (Sehr richtig!) Früher hat man die Ortskassen gehäßelt. Jetzt beschimpft man die Weiter. Man beschuldigt sie politischer Intrigue und möchte Militäranwärter, politische gute Leute, an die Stelle der jetzigen Vertrauensleute setzen. (Sehr richtig!) Man will die Kassen centralisieren, man will auch die Arbeitgeber zu höheren Beiträgen

beranziehen, um die Leistungen der Kassen erhöhen zu können. Centralisation und erhöhte Leistungen sind gewisse Vorteile, aber sie dürfen nicht mit dem Recht der Selbstverwaltung verknüpft werden.

Die Verwaltung gehört den Versicherten. Es ist genug, daß die Unternehmer ein Drittel des Einflusses haben. Das Unternehmerinteresse liegt in der heutigen kapitalistischen Welt dem Arbeiterinteresse entgegen. Die Arbeiter sind gewiß vorurteillos genug, um auch andere Meinungen zu hören. In Leipzig, wo die Mehrheit durchaus in socialdemokratischen Händen ist, hat man den Unternehmern Sitz und Stimme eingeräumt. Intolerant, unzulässig sind nur immer Unternehmer und Regierung.

Die Ausdehnung der obligatorischen Versicherung von 13 auf 26 Wochen ist geplant und auch notwendig. Sie ist auch möglich ohne Erhöhung der Beiträge. Die Erhöhung der Unternehmerbeiträge ist nicht vonnöten. Vor diesem Danaergeschenk haben wir uns zu hüten, denn die damit verbundene Erhöhung des Unternehmerinflusses würde die ganze Entwicklung des Krankenkassenwesens zum Stillstand bringen. (Sehr richtig!) Aus ethischen und sittlichen Gründen ist die Beeinträchtigung der Selbstverwaltung zu verwerfen. Es giebt in der Regierung auch Leute, die das anerkennen. Eine Denkschrift des Reichs-Versicherungsamts über die Unfall- und Invaliditätsversicherung hebt die Vorgesüge der Selbstverwaltung auch hervor. Es wäre ein kultureller Rückschritt, wenn das legendäre Selbstverwaltungsprinzip Beeinträchtigung erlitt. Damit will ich dies Gebiet verlassen und noch einige andre Punkte berühren.

Wir haben klare Stellung zu nehmen gegen die als Naturärzte auftretenden Kunstsünder. Naturgemäße Behandlung wird jetzt von allen Ärzten beobachtet, wir haben uns nur an approbierte Ärzte zu halten. Etwas andres ist es mit den weiblichen Ärzten. Wenn sie eine genügende Vorbildung nachweisen können, müssen wir ihre Zulassung fordern. In Bezug auf die freie Arztwahl müssen wir an dem alten Standpunkt festhalten. Wir müssen den einzelnen Kassen es überlassen, ob sie die freie Arztwahl oder festangestellte Ärzte haben wollen. (Sehr richtig!) Im besten wäre die Verstaatlichung der Ärzte. So gut die Richter, die Geistlichen, der Verkehr verstaatlicht sind, können, ja müssen es auch die Ärzte werden. Eine Proletarisierung des Arztstandes wird durch die Krankenversicherung nicht befördert. Es ist nicht eine Minderbewertung ärztlicher Leistungen in Deutschland vorhanden, sondern eine Unterfunktion. Im wohlverstandenen Interesse der Ärzte liegt eine Ausdehnung der Krankenversicherung.

Es wird von Ärzten über Terrorismus der Kassen ihnen gegenüber geredet. So kurzschichtig oft die Politik der Ärzte ist, so kurzschichtig hat man auch häufig auf Seiten der Kassen gegen die Ärzte gehandelt. Man hat hier und da die wissenschaftliche und ethische Bedeutung des Arztstandes verkannt. Die Berufstreue des Arztes darf von der Kasse nicht unterbunden werden. Mein Urteil will ich dahin zusammenfassen, daß wir große leistungsfähige Organisationen, große Kreise der Versicherten auszustreben haben. Die Selbstverwaltung ist aufrecht zu erhalten. Wir haben entgegenzusetzen den Verleumdungen, die von verschiedenen Seiten gegen die Verwaltung der Kassen gerichtet worden sind. In den Kreisen der Versicherten muß das Bewußtsein feste Wurzeln schlagen, daß ihre Kassen gut verwaltet werden. Wir haben eine Agitation zu schaffen, gegen alle von der Regierung geplanten reaktionären Bestimmungen. Eine Novelle mit reaktionären, selbstverwaltungsfeindlichen Bestimmungen darf nicht Gesetz werden. (Lebhafter Beifall.)

Der Vorsitzende teilt mit, daß sowohl das Reichs-Versicherungsamt, wie Herr Wassermann im Namen der national-liberalen Reichstagsfraktion das Ausbleiben von Vertretern vom Kongreß entschuldigt haben.

In der Diskussion wird dem Referat Dr. Friedebergs warmes Lob gesprochen.

Früher-Weimar hebt das friedliche Zusammenarbeiten von Arbeitern und Arbeitgeber in den Krankenkassen hervor und schließt sich dem Protest gegen die Verdächtigungen und Beschimpfungen an.

Graef-Frankfurt a. M.

schließt sich dem Vorredner an. Wenn die Krankenversicherung eine gute Entwicklung genommen hat, so ist das hauptsächlich das Verdienst der deutschen organisierten Arbeiterkraft. Die Regierung soll uns in Ruhe lassen, uns in unsere Verwaltung nicht hineinreden. Wir brauchen keinen Reichszuschuß und keine erhöhten Arbeitgeberbeiträge. So lange die Betriebs- und Jammekassen nicht aufgehoben werden, dürfen auch die Freien Hilfskassen nicht aufgehoben werden, denn diese sind uns nur ein Zehntel so gefährlich wie jene. Unsere Verwaltung ist gut, Gemeindebeamten werden nicht immer so gute Verwaltungsbeamte sein. Gar viele werden die Befähigungsnachweise nicht erbringen. Die Kranken müssen zart und freundlich behandelt werden. Dazu passen ehemalige Unteroffiziere nicht. Ob die Unternehmer nur ein Drittel oder die Hälfte der Beiträge zahlen, die Verwaltung muß den Arbeitern bleiben. Man verweist auf die Verwaltung der Berufsgenossenschaften. Aber wer die Berufsgenossenschaften kennt, weiß, daß niemand nachlässiger ist als wer in die Hände der Berufsgenossenschaft fällt. Die Klagen der Ärzte über die Verwaltung der Kassen sind nicht berechtigt. Die Ärzte sind Kontrahenten der Kasse, man muß mit ihnen über den Preis ihrer Arbeitskraft verhandeln. Jeder vernünftige Kassenvorstand wird die Ärzte so gut wie möglich stellen, aber alle ihre Ansprüche sind nicht erfüllbar. Es ist gesagt worden, Beiträge würden von uns zu politischen Zwecken benutzt. Das ist eine ganz schamlose und beweislose Verleumdung. Ich berufe mich auf die Aufsichtsbehörde, die sehr streng revidiert. Die freie Arztwahl muß den einzelnen Organisationen überlassen bleiben. Die Regierung hat hier nichts dazwischen zu reden. Vor allem aber die Selbstverwaltung hoch. Nieher gar keine Aenderung als ein Antauchen der Selbstverwaltung. Man sagt, es sei nur ein Scherzstück. Aber die Regierung, die die Judthausvorlage gewagt hat, wird auch ein Antauchen der Selbstverwaltung wagen. Kommt die Vorlage, dann müssen wir mit aller Macht dagegen ankämpfen. (Bravo.)

Frähdorf-Dresden

befürwortet Ausdehnung der freiwilligen Versicherung für alle mit einem Einkommen bis zu 3000 M. und die obligatorische Familienversicherung. Den Plan auf Centralisation der Kassen unterfütze ich, denn nur große centralisierte Kassen sind leistungsfähig. Gegen eine Erwägung der Freien Hilfskassen protestiere ich. Wir sind alle aus den Freien Hilfskassen hervorgegangen und wir eignen Väter oder Mütter können wir nicht ermorden. (Geisterzeit!) Ich siehe da ganz auf dem Standpunkt des Referenten. Ueber die Selbstverwaltung ist hier schon genug gesagt worden. Ich frage, was ist denn geschehen, und die Selbstverwaltung angulosten? Nichts. Wir treiben in den Kassen keine Parteipolitik, aber Arbeiterpolitik, und das ist unser gutes Recht. Selbst in Sachen kommen wir mit den verständigen Arbeitgebern auch sehr gut aus. In der einen Stadt ist ein Nationalliberaler Vorsitzender, in der andern ein Socialdemokrat, und beide werden seit Jahren stets einstimmig in dieses Amt wiedergewählt. Ich wünsche nur, daß auch die hier anwesenden Arbeitgeber zu dieser Frage das Wort ergreifen.

Vorsitzender Apotheker Steinmeyer-Leipzig:

Ich will dem Wunsche des Vorredners gern nachkommen. Ich kann nur erklären, daß wir Arbeitgeber in Sachsen recht zufrieden sind mit den bisherigen Zuständen in der Krankenverwaltung. Für uns liegt gar kein Anlaß vor, solchen Aenderungen zuzustimmen, wie sie der Regierungsrat Hoffmann vorgeschlagen hat. Noch ein paar Worte zur Apothekerfrage. Ich möchte Sie bitten, den Apothekern gegenüber eine ähnliche Haltung wie den Ärzten gegenüber einzunehmen, die Frage von Fall zu Fall zu regeln.

Dr. Meyer-Frankenthal

tritt für obligatorische Familienversicherung ein. Die Beiträge dafür haben nur die Arbeiter, die Familienvorstände, zu zahlen. Die Centralisation der Organisation ist zu unterstützen. Dagegen lehne ich jede Beeinträchtigung der Selbstverwaltung ab. Die jetzige Verwaltung ist durchaus gut. Streitigkeiten sind Ausnahmen. Es wird gesagt, die Arbeiter müßten ihre Majorität aus und wählen nur Leute aus ihren politischen Kreisen in die Verwaltungsdorstände. Ich habe nun noch niemals gehört, daß sich eine konservative Gemeinde einen demokratischen Oberbürgermeister wählt. Da halte ich es für das gute Recht der Arbeiter, ihre Vertrauensmänner in die Vorstände zu wählen. Wenn ein Gemeindebeamter an die Spitze tritt, wird es viel mehr Streit als bisher geben. Der Gemeindebeamte wird sich nichts sagen lassen, der Bureaualtismus in der Verwaltung wird nur gestärkt werden. Ein notwendiges Korrekta für die Selbstverwaltung ist, daß die Vorstände den allgemeinen disciplinären Bestimmungen unterworfen werden und ein auskömmliches Gehalt beziehen. Was Dr. Friedeberg über die Ärzte gesagt hat, unterzeichne ich Wort für Wort. Das Verhalten mancher Vorstände den Ärzten gegenüber war nicht immer passend. Man darf den Arzt nicht nur als Geldverwerber ansehen, sondern muß ihn als socialen Faktor betrachten. Die Lebenshaltung des Arztes hat sich durch die Krankenversicherung gehoben. Die freie Arztwahl ist zu befürworten. Die von den Ärzten aufgestellte Mindestliste ist aber unmöglich. Das hat der antwortete Referent der freien Arztwahl, der „berüchtigte“ Kommentator des Krankenkassen-Versicherungsgesetzes selbst zugeben müssen. Wir haben anzustreben, den Kassen die Freiheit zu geben, sich zu größeren Verbänden zusammenzuschließen. Von der Orts-Krankenkasse der Buchdrunder liegt ein Antrag vor, den Kassen die Beschaffung von Arznei anheimgzugeben und ihnen dafür den halben Betrag des Krankengeldes noch extra zu vergüten. Diesen Antrag halte ich für unannehmbar, seine Annahme würde schwere Gefahren zur Folge haben, die dem hygienischen Interesse zuwiderlaufen. (Lebhaftes Bravo!) Hierauf tritt die Mittagspause ein.

Würh-Stuttgart

verteidigt die Selbstverwaltung der Kassen, die sich in Württemberg sehr gut bewährt habe. In Stuttgart werde seit Jahren der socialdemokratische Vorsitzende einstimmig wiedergewählt. Die Familienunterstützung ist zu begründen, sie läßt sich nur nicht mit 3 Proz. des Arbeitsverdienstes durchführen, es müssen mindestens 4 Proz. erhoben werden.

Dachau-Berlin

weist auf den Wert des Vorbegehens bei Krankheiten hin. Die Centralisation ist notwendig. Der jetzigen Zerplitterung muß ein Ende gemacht werden. Die nicht so ungesunden Verufe müssen für die andern solidarisch mithaften. Mit dem Aufgeben der Selbstverwaltung können wir natürlich die Centralisation nicht erkaufen. Die Angliederung der Krankenkassen an die Invaliditätsanstalten halte ich heute nicht für zweckmäßig. In den heutigen Invaliditätsanstalten herrscht noch allzu sehr der Bureaualtismus, die Arbeiter haben in ihnen keinen Einfluß. Gegen den Antrag der Berliner Buchdrunder, den Mitgliedern Freiheit im Bezuge von Medizin zu lassen, muß ich mich ausdrücken. Entweder kommt dabei die Kasse oder das Mitglied zu Schaden. In der Apothekerfrage halte ich ein möglichst allgemeines Vorgehen für zweckmäßig. Die Apotheken selbst sind in einem großen Verband geeinigt, es bleibt uns deshalb nichts andres übrig, als den Widerstand gegen die Apotheker allgemein zu organisieren. So leicht wird das freilich nicht sein. Was wir bei dem einzelnen Apotheker erreichen können, müssen wir mitnehmen. So lange die Ärzte nicht Staatsangehörige sind, wird völlig freie Arztwahl mit der Organisation der Krankenkassen nicht zu vereinen sein. Wird die Familienunterstützung obligatorisch eingeführt, so schadet es nichts, wenn der Unternehmer zu den Beiträgen herangezogen wird. Eine sehr erhebliche Belastung fürchte ich von der Familienunterstützung nicht. Gar viele Frauen und Kinder sind durch ihre industrielle Thätigkeit schon selbst versichert. Ob wir bei der Regierung viel Gegenliebe finden werden, ist mir zweifelhaft. Der Protest gegen die Antastung muß sehr energisch ausfallen. Unter dem Socialistengesetz war den Arbeitern die Beteiligung an der Verwaltung unterbunden. Es sah damals in der Verwaltung viel schlechter aus als jetzt.

Rendant Magnan-Berlin

verteidigt den Antrag der Buchdrunder Berlins auf Freiheit im Bezuge von Arznei. Das System hat von 1884 bis 1898 bei den Buchdrundern bestanden und sich durchaus bewährt. Ersparsam sind bei dem System freilich nicht zu machen. Es sind im Interesse der Mitglieder höhere Ausgaben zu leisten. Unmoralitäten wurden bei uns nicht konstatiert. Selbst wenn ein Mitglied aber das für Medizin erhaltene Geld für andre Dinge ausgiebt, so hat es sich die Folgen selbst zuzuschreiben.

Ottens-Köln

wünscht Ausdehnung der Versicherungspflicht auf die vorübergehend beschäftigten Arbeiter. Die Klagen über Terrorismus gegen Ärzte und Apotheker sind nicht sichhaltig. Zwischen Kassen und Ärzten muß ein harmonisches Verhältnis bestehen. Aber mit manchem Arzte muß öfter ein ernstes Wort geredet werden. Mit den Apothekern in Köln liegen wir in hartem Kampf. Ihr Uebermut muß gebrochen werden. Es ist nur wünschbar, daß sich die Herren nicht auch Nähe zulegen und dann verbieten, daß die Milch von anderer Stelle bezogen wird. (Geisterzeit!) Gegenwärtig sind in Köln bis auf acht sämtliche Apotheker boykottiert.

Sabor-Charlottenburg:

Regierungsrat Hoffmann wünscht eine Verbilligung der Verwaltungslosten. Diese sind sehr niedrig, sie betragen nur etwa 5 Proz. und sind viel geringer, als die Verwaltungslosten der Berufsgenossenschaften. Wird die Selbstverwaltung aufgehoben, so wird die Kassenverwaltung nur noch teurer werden. Die an der Kasse beteiligten Arbeiter werden am besten Sparfankeit üben.

Wendland-Magdeburg

bittet den Antrag der Berliner Buchdrunder abzuschleiten. Die Kassen müssen ihre Ärzte anstellen und fest besolden. Das ist auch der erste Schritt zur Verstaatlichung. Die Redensart von Vertrauen zu den Ärzten ist nur Spiegelfechtel. Nur wer etwas von der Kasse haben will, hat zu den Kassenärzten kein Vertrauen. Die unständigen Arbeiter müssen versichert werden. Voraussetzung für diese Versicherung ist natürlich eine Centralisation der Kassen. Ein von Braun-Königsberg gestellter Schlußantrag findet nicht genügende Unterstützung.

Voppe-Berlin

erklärt sich als Arbeitgeber vollständig mit Dr. Friedebergs Referat einverstanden, nur seine Vorwürfe wegen der Behandlung der Ärzte durch die Kassen seien unbegründet.

Vogel-München

plädirt für freieste Selbstverwaltung. Er könne es nicht besser sagen, als es in dem ausgezeichneten Referat des Herrn Dr. Friedeberg geschehen ist. Es ist der Wunsch aller Münchener und oberbayerischen Kassen, daß die Selbstverwaltung erhalten bleibt. Seit neun Jahren bin ich Vorsitzender einer Münchener Kasse und arbeite nur mit organisierten Arbeitern zusammen. Meine politische Ansicht ist eine andre als die der Herren. Doch das schadet nichts. Wir hatten das beste Einvernehmen erreicht. Die Politik bleibt den Kassen fern. Alle haben nur das Wohl der Versicherten im Auge. (Beifall.)

Die weitere Debatte bietet keine neuen Gesichtspunkte. Ein Schlußantrag wird jetzt angenommen. In namentlicher Abstimmung wird über die folgende Protestresolution abgestimmt:

Die am 23. und 24. September 1900 in Nürnberg tagende Generalversammlung von Orts-Krankenkassen im Deutschen Reich (111 Orts-Krankenkassen bzw. Kassenverbände, die eine Mitgliederzahl von 1.201.714 repräsentieren) protestieren mit aller Entschiedenheit gegen jedwede Beschränkung der freien Selbstverwaltung der Orts-Krankenkassen und erklärt, daß keinerlei ernst zu nehmende objektive Beweise dafür erbracht sind, daß die bisher gelübte Selbstverwaltung mißbraucht worden ist. Insbesondere sind die Ermittlungen des preussischen Staatsministers v. Rheinbaben und die Darstellungen des Geh. Regierungsrats Dr. Hoffmann in Berlin nur das Produkt einseitiger Anfrage und Berichterstattung, die nicht geeignet ist, die Auffassung der mit der Kassenpraxis vertrauten, nicht einseitig urteilenden Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer in den Schatten zu stellen.

Zugleich spricht die Jahresversammlung die sichere Erwartung aus, daß sowohl Reichsregierung wie Bundesrat und Reichstag allen die Selbstverwaltung beschränkenden Bestrebungen ihre Zustimmung verweigern werden.

Die Resolution wird einstimmig angenommen, nur drei Delegierte enthalten sich der Stimmabgabe, weil sie Staatsbeamte oder Gemeindebeamte sind. (Beifall.)

Das Referat des Dr. Friedberg soll im stenographischen Wortlaut dem Protokoll einverleibt werden.

Der Kongress geht nun zur Beratung der gestellten Anträge über.

Eine längere Debatte entzündet sich über den Antrag des

Rechtsanwalts Dr. Meyer-Frankenthal, den Krankenkassen das Recht einzuräumen, die Mitglieder zwangsweise auf Tuberkulose zu untersuchen zu lassen und wenn Tuberkulose konstatiert worden ist, für diese Mitglieder ein Heilverfahren einzuleiten.

Der Antrag wird sympathisch aufgenommen, gegen seine Durchführung wurden aber lebhafteste Bedenken laut. So gut die Behandlung der Tuberkulose im frühesten Stadium auch sei, man könne niemand in diesem frühen Stadium zwingen, sich von seiner Familie zu trennen. Auch gebe es noch zu wenig Lungenspitalsbetten.

Der Antrag Meyer wird als nicht zeitgemäß, als zu verfrüht abgelehnt.

Hierauf werden die weiteren Verhandlungen auf Dienstag vertagt.

### Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag von 7-9 Uhr abends statt.

S. G. 22. Die Hochschulkurse besaßen sich mit den verschiedensten Wissensgebieten. In der nächsten Zeit werden die Besinnungen wahrscheinlich das neue Programm veröffentlichen; Auskunft erhalten Sie überdies an der Centralbibliothek, Köthenerstr. 23.

Wilhelm Str. Auf Ihr Anerbieten vermögen wir nicht einzugehen. Doch der B. ist angekommen.

Z. G. 79. Erbverzicht ist die Frau. In welchem Teile läßt sich nur noch Verlegung der näheren Umstände beantworten. Sprechen Sie in der Sprechstunde gelegentlich vor. — M. G. 23. Wird veröffentlicht.

G. R. 30. Beher für Bayern, noch für Bayern, noch für irgend einen Teil Deutschlands bestimmt das Bürgerliche Gesetzbuch, daß Cousin und

Cousine sich nicht heiraten dürfen. Cousin und Cousine dürfen einander heiraten; erforderlich ist, daß sie einwilligen. Heiraten Sie also Ihre Cousine ohne erst Ihren Willen zu befragen — natürlich nur, wenn Sie will. — C. G. 25. Ob solche Bestimmung gültig ist, läßt sich nur bei Kenntnis des gesamten Testaments sagen. Die von Ihnen gewünschte Adresse ist uns unbekannt. — W. J. Charlotteburg. Rein. — No. 86. Die Abänderung des wahrheitswidrigen Gebirgszeugnisses ist beim Polizeipräsidenten zu beantragen. Die Gerichtsform später auf Schadenersatz verklagt werden (beim Amtsgericht), wenn nachgewiesen ist, daß dem Rädchen durch das Zeugnis Schaden erwachsen ist. — J. 999. Darauf, daß eine Klage auf Schadenersatz gegen den Beamten Erfolg haben würde, der in ein Jahrgangsbuch eingeschrieben: der Betreffende gehört dem und dem Verein an, haben wir schon früher hingewiesen. — Abonnement in Gagen. Kosten würden auch in diesem Fall dem Steuerpflichtigen zu zahlen sein. — Charlotteburg. 1. und 2. Rein. J. Ja. — W. G. Wegen der Umrechnung der von Ihnen ge- und verlassenen Wertpapiere wollen Sie sich an einen Bankier wenden. — G. R. Eine Angabe, wann die Todesfälle eingetreten sind, ob Testamente vorliegen usw., sind solche Erfragen nicht zu beantworten. Sprechen Sie mit den etwaigen Papieren in der juristischen Sprechstunde gelegentlich vor. — C. R. Der Gheumann ist zur Alimentation verpflichtet. Etwa 40 bis 75 M. werden als angemessen erachtet. — J. Weigel. Der Vater kann mit Erfolg bei Zahlungsaufforderungen gegenüber sich ablehnen verhalten und gegen einen etwaigen Zahlungsbefehl oder gegen eine Klage mit Erfolg Widerspruch erheben. — G. 30. Das hängt völlig von dem und unbekanntem Wortlaut der Versicherungsbedingungen ab. — C. G. Wiederholen Sie die Anfrage. — W. G. 52. Rein, weil nach Ihrer Schilderung der Inhalt des Testaments längst verstrichen ist. 2. Der Pflichtteil beträgt die Hälfte. — M. n. Z. in W. 1. Sie möchten die Erben verklagen. Falls diese Ihnen unbekannt sind, können Sie die Bestellung eines Nachlasspflegers beim Amtsgericht beantragen. Ein Beispiel zu einem solchen Antrag finden Sie Nr. 49 S. 236 des dem Arbeiterrecht beigegebenen Bürgerlichen Gesetzbuch. 2. Rein

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

### Theater.

Mittwoch, den 28. Sept.  
**Opernhaus.** Der Ring des Nibelungen. Siegfried. Anfang 7 Uhr.  
**Schauspielhaus.** Die Tochter des Grafen. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Neues Opern-Theater (Kroll).** Die Fledermaus. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Deutsches.** Der Silberpfeil. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Berliner.** Prinz Friedrich von Homburg. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Belling.** Hedda Golliver. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Residenz.** Die Dame von Maxim. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Neues.** Kevande. Der weiße Storch. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Westen.** Der Beichtstudent. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Schiller.** Die goldene Eva. Anfang 8 Uhr.  
**Secessionstheater.** Komödie der Liebe. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Central.** Der griechische Sklave. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Thalia.** Der Viehdiebstahl. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Enfien.** Der Hüttendiebstahl. Anfang 8 Uhr.  
**Friedrich-Wilhelmstädtisches.** Der Tugendring. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Carl Weiss.** Müller und Schutze auf der Pariser Weltausstellung. Anfang 8 Uhr.  
**Vello-Blauze.** Ein toller Einfall. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Metropol.** Spezialitäten-Vorstellung. Der Wandarin von Tsing-ling-ling. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Apollo.** Spezialitäten-Vorstellung. Venus auf Erden. Anfang 8 Uhr.  
**Palast.** Spezialitäten-Vorstellung. Puffschautzen. Anf. 7 1/2 Uhr.  
**Reichshallen.** Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.  
**Vasage-Panoptikum.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**Hronia.** Jubalidenstr. 57/62. Täglich abends von 5-10 Uhr: Sternwarte.  
**Taubenstr. 48/49.** Abends 8 Uhr (im Theater): Eine Wanderung durch die Pariser Weltausstellung.

**Schiller-Theater**  
(Wallner-Theater).  
Mittwoch, abends 8 Uhr:  
**Die goldne Eva.**  
Einführung in 3 Akten von Franz v. Schönthan und Franz Koppel-Gesfeld.  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
**Faust.**  
1. Teil, erster Abend.  
Freitag, abends 8 Uhr:  
**Faust.**  
1. Teil, zweiter Abend.

**Thalia-Theater**  
Dresdenerstrasse 72/73.  
Heute und folgende Tage:  
**Der Liebeschlüssel.**  
Anfang präcis 7 1/2 Uhr.

**Secessions-Bühne.**  
Kriegensstr. 40.  
Mittwoch, den 28. September:  
**Komödie der Liebe.**  
Komödie in 3 Akten v. Henrik Ibsen.  
Morgen: An das Reiches Pforten.

**Carl Weiss-Theater**  
Gr. Frankfurterstr. 132.  
Täglich:  
Müller und Schutze auf der Pariser Weltausstellung. Aufführungspose mit Gesang in fünf Bildern.  
Anfang 8 Uhr.

**Metropol-Theater.**  
Täglich um 9 Uhr.  
Der größte Opernenerfolg d. Welt: **Eduard Steinberger als Gasp.**  
**Der Mandarin**  
von Tsing-ling-ling, sowie das vollständig neue September-Spezialitäten-Programm.  
**Bianca & Desroche.**  
Charmeroy Rudloff.  
Anf. 7 1/2 Uhr. Planchen überall gestattet.

**Reichshallen.**  
Täglich: Stettiner Sänger.  
Anfang:  
Montags 8 Uhr.  
Sonntags 7 Uhr.  
Entrée 50 Pfennig.  
Vorverkauf 40 Pf.

**Reichshallen.**  
Täglich: Stettiner Sänger.  
Anfang:  
Montags 8 Uhr.  
Sonntags 7 Uhr.  
Entrée 50 Pfennig.  
Vorverkauf 40 Pf.

**Reichshallen.**  
Täglich: Stettiner Sänger.  
Anfang:  
Montags 8 Uhr.  
Sonntags 7 Uhr.  
Entrée 50 Pfennig.  
Vorverkauf 40 Pf.

**Reichshallen.**  
Täglich: Stettiner Sänger.  
Anfang:  
Montags 8 Uhr.  
Sonntags 7 Uhr.  
Entrée 50 Pfennig.  
Vorverkauf 40 Pf.

**Reichshallen.**  
Täglich: Stettiner Sänger.  
Anfang:  
Montags 8 Uhr.  
Sonntags 7 Uhr.  
Entrée 50 Pfennig.  
Vorverkauf 40 Pf.

**Reichshallen.**  
Täglich: Stettiner Sänger.  
Anfang:  
Montags 8 Uhr.  
Sonntags 7 Uhr.  
Entrée 50 Pfennig.  
Vorverkauf 40 Pf.

**Reichshallen.**  
Täglich: Stettiner Sänger.  
Anfang:  
Montags 8 Uhr.  
Sonntags 7 Uhr.  
Entrée 50 Pfennig.  
Vorverkauf 40 Pf.

**GRANIA**  
Taubenstr. 48/49.  
Im Theater  
abends 8 Uhr:  
**Eine Wanderung durch die Pariser Weltausstellung.**  
Invalidenstr. 57/62.  
Tägl. Sternwarte.  
Nachmittags 5-10 Uhr.

**Passage-Panopticum.**  
Nur noch kurze Zeit!  
**Marokkaner**  
(11 Mädchen, 8 Männer, 3 Kinder).  
Vorstellung  
**stündlich.**  
Von 7 bis 10 1/2 Uhr:  
**Théâtre varié.**

**PANOPTICUM**  
Friedrichstr. 165.  
Neu! Die schöne Neu!  
**Schlangen-Cleopatra**  
Bändigerin  
mit ihren 14 Riesen-, Python- und Aesculap-Schlangen!!  
Sensationell, in Berlin in solcher Vollendung noch nie gesehene Reptiliendressur!  
Die russische Konzertkapelle.  
Der deutsche Seesoldat und die Boxer.  
Feldmarschall Graf Walderssee etc.

**Central-Theater**  
Heute u. täglich Anf. 7 1/2 Uhr:  
**Der griechische Sklave.**  
(A Greek Slave).  
Aufführung: Operette in 3 Akten von Edwin Jones.  
Morgen und folgende Tage: **Der griechische Sklave.**  
Sonntag nachmittags 3 Uhr zu halben Preisen: **Die Gelsha.**

**Cirkus Busch**  
Mittwoch, 28. Sept., Abends 7 1/2 Uhr:  
**Grand Soire Equestre.**  
**Berliner Landpartien.**  
Um über 100! — Tolle Streiche zu Wasser und zu Lande in 2 Akten.  
Europäische Kavallerie. Die weiße Dame und vorzähl. Programm-Prin.

**Cirkus Alb. Schumann.**  
Heute, Mittwoch, 28. September cr., abends präc. 7 1/2 Uhr:  
Große  
**Wohltätigkeits-Vorstellung**  
für das deutsche Hilfskomitee für Ostasien.  
Gala-Programm und zum 5. Male:  
**CHINA.**  
Wider aus der Gegenwart in 3 Abteilungen von August Siems. In Szene gesetzt und mit neuen Wasserfällen versehen vom Direktor Alb. Schumann.  
1. Abteilung: **Die Infren in Riantschen.**  
2. Abteilung: **Der Aufstand der Boyer-Arieg.**  
3. Abteilung: **Die Verbündeten der Tsau-Peking.** (Beginn der Pantomime 9 1/2 Uhr.)

**W. Noacks Theater.**  
Brammestraße 16.  
Heute, Mittwoch, den 28. September:  
**Drei Tage aus dem Leben eines Spielers.**  
Schauspiel in 3 Akten (6 Bilder) von Th. Heil.  
Donnerstag: Sie weiß etwas.

**W. Noacks Theater.**  
Brammestraße 16.  
Heute, Mittwoch, den 28. September:  
**Drei Tage aus dem Leben eines Spielers.**  
Schauspiel in 3 Akten (6 Bilder) von Th. Heil.  
Donnerstag: Sie weiß etwas.

**W. Noacks Theater.**  
Brammestraße 16.  
Heute, Mittwoch, den 28. September:  
**Drei Tage aus dem Leben eines Spielers.**  
Schauspiel in 3 Akten (6 Bilder) von Th. Heil.  
Donnerstag: Sie weiß etwas.

**W. Noacks Theater.**  
Brammestraße 16.  
Heute, Mittwoch, den 28. September:  
**Drei Tage aus dem Leben eines Spielers.**  
Schauspiel in 3 Akten (6 Bilder) von Th. Heil.  
Donnerstag: Sie weiß etwas.

**W. Noacks Theater.**  
Brammestraße 16.  
Heute, Mittwoch, den 28. September:  
**Drei Tage aus dem Leben eines Spielers.**  
Schauspiel in 3 Akten (6 Bilder) von Th. Heil.  
Donnerstag: Sie weiß etwas.

**W. Noacks Theater.**  
Brammestraße 16.  
Heute, Mittwoch, den 28. September:  
**Drei Tage aus dem Leben eines Spielers.**  
Schauspiel in 3 Akten (6 Bilder) von Th. Heil.  
Donnerstag: Sie weiß etwas.

**W. Noacks Theater.**  
Brammestraße 16.  
Heute, Mittwoch, den 28. September:  
**Drei Tage aus dem Leben eines Spielers.**  
Schauspiel in 3 Akten (6 Bilder) von Th. Heil.  
Donnerstag: Sie weiß etwas.

**W. Noacks Theater.**  
Brammestraße 16.  
Heute, Mittwoch, den 28. September:  
**Drei Tage aus dem Leben eines Spielers.**  
Schauspiel in 3 Akten (6 Bilder) von Th. Heil.  
Donnerstag: Sie weiß etwas.

**W. Noacks Theater.**  
Brammestraße 16.  
Heute, Mittwoch, den 28. September:  
**Drei Tage aus dem Leben eines Spielers.**  
Schauspiel in 3 Akten (6 Bilder) von Th. Heil.  
Donnerstag: Sie weiß etwas.

**W. Noacks Theater.**  
Brammestraße 16.  
Heute, Mittwoch, den 28. September:  
**Drei Tage aus dem Leben eines Spielers.**  
Schauspiel in 3 Akten (6 Bilder) von Th. Heil.  
Donnerstag: Sie weiß etwas.

**W. Noacks Theater.**  
Brammestraße 16.  
Heute, Mittwoch, den 28. September:  
**Drei Tage aus dem Leben eines Spielers.**  
Schauspiel in 3 Akten (6 Bilder) von Th. Heil.  
Donnerstag: Sie weiß etwas.

**W. Noacks Theater.**  
Brammestraße 16.  
Heute, Mittwoch, den 28. September:  
**Drei Tage aus dem Leben eines Spielers.**  
Schauspiel in 3 Akten (6 Bilder) von Th. Heil.  
Donnerstag: Sie weiß etwas.

**W. Noacks Theater.**  
Brammestraße 16.  
Heute, Mittwoch, den 28. September:  
**Drei Tage aus dem Leben eines Spielers.**  
Schauspiel in 3 Akten (6 Bilder) von Th. Heil.  
Donnerstag: Sie weiß etwas.

**W. Noacks Theater.**  
Brammestraße 16.  
Heute, Mittwoch, den 28. September:  
**Drei Tage aus dem Leben eines Spielers.**  
Schauspiel in 3 Akten (6 Bilder) von Th. Heil.  
Donnerstag: Sie weiß etwas.

**W. Noacks Theater.**  
Brammestraße 16.  
Heute, Mittwoch, den 28. September:  
**Drei Tage aus dem Leben eines Spielers.**  
Schauspiel in 3 Akten (6 Bilder) von Th. Heil.  
Donnerstag: Sie weiß etwas.

**W. Noacks Theater.**  
Brammestraße 16.  
Heute, Mittwoch, den 28. September:  
**Drei Tage aus dem Leben eines Spielers.**  
Schauspiel in 3 Akten (6 Bilder) von Th. Heil.  
Donnerstag: Sie weiß etwas.

**W. Noacks Theater.**  
Brammestraße 16.  
Heute, Mittwoch, den 28. September:  
**Drei Tage aus dem Leben eines Spielers.**  
Schauspiel in 3 Akten (6 Bilder) von Th. Heil.  
Donnerstag: Sie weiß etwas.

**W. Noacks Theater.**  
Brammestraße 16.  
Heute, Mittwoch, den 28. September:  
**Drei Tage aus dem Leben eines Spielers.**  
Schauspiel in 3 Akten (6 Bilder) von Th. Heil.  
Donnerstag: Sie weiß etwas.

**W. Noacks Theater.**  
Brammestraße 16.  
Heute, Mittwoch, den 28. September:  
**Drei Tage aus dem Leben eines Spielers.**  
Schauspiel in 3 Akten (6 Bilder) von Th. Heil.  
Donnerstag: Sie weiß etwas.

**Apollo-Theater.**  
Um 9 1/2 Uhr:  
**Venus auf Erden.**  
Luisa Medion. Spink und Spink.  
**Adele Moraw.**  
Mr. Vandy. Fanny Morton.  
**Erna Berthold.**  
Robert Steidl. Theres Amaranth.  
**The three Avolos.**  
**Der Kosmograph etc. etc.**  
Kasseneröffnung 7 Uhr.  
Anfang der Vorstellung 8 Uhr.

**Palast-Theater.**  
früher Fean-Palast, Burgstr. 22.  
Letzte Woche:  
Das Nissen-September-Programm!  
8 1/2 Uhr:  
**Ren! Puffschautzen! Ren!**  
Große Poffe mit Gesang v. G. Braune.  
Puff, Klempnerstr. Dir. R. Winkler.  
**Duo Hercedas.** Urcentric. Tanz- und Gesangsdarbietung. Unvergleichlich!  
**The Bernhards.** gymnastischer Kraftakt ersten Ranges.  
**The Gareys.** großartige Pantomimentruppe: Eine Landpartie mit Hindernissen.  
Anfang: Montags 7 1/2 Uhr.  
Sonntags 7 Uhr.  
Entrée 50 Pfennig.

**Victoria-Brauerei.**  
Lützowstr. 111/112.  
Im Garten oder Saal  
Täglich:  
**Norddeutsche Sängere**  
(Führmann, Dorf, Waibe.)  
Anfang: Montags 7, Sonntags 8 Uhr.  
Entrée 50 Pf. Vorverkauf 40 Pf.  
Familien-Billets 3 Stüb 1 M.  
Bons nur in der Woche gültig.  
Sonntags und Donnerstags:  
**Tanzkränzen.**

**Sanssouci**  
Kottbuserstrasse.  
Jeden Sonntag, Montag und Donnerstag:  
**Hoffmanns Norddeutsche Sängere.**  
**Fausts Nachlass.**  
Anfang Sonntags 7 Uhr.  
Entrée 50 Pf.  
Anfang Montags 8 Uhr.  
Entrée 30 Pf.  
Nach jeder Solire:  
**Tanzkränzen.**

**Gossmanns Konzertgart.**  
Kreuzbergstr. 48. an d. Raghbachstr.  
Jeden Sonntag:  
**Garten-Freikonz.**  
und  
**Gr. Ball.**  
Jeden Montag u. Freitag:  
**Norddeutsche Sängere.**  
Anfang 8 Uhr: Nachher: Kränzen.  
Ziele f. Versammlungen u. Festlichkeiten.

**Keinen Bruch mehr!**  
2000 Mark Belohnung demjenigen, der dem Gebrauch meines Bruchbands ohne Feder nicht von seinem Bruchleiden vollständig geheilt wird. Man läte sich vor minderwertigen Nachahmungen. Auf Anfrage Broschüre gratis und gratis durch das Pharmaceutische Bureau, Ballenburger (L.) Hofland, Nr. 270. Da Ausland - Doppelporto. 54382\*

**Keinen Bruch mehr!**  
2000 Mark Belohnung demjenigen, der dem Gebrauch meines Bruchbands ohne Feder nicht von seinem Bruchleiden vollständig geheilt wird. Man läte sich vor minderwertigen Nachahmungen. Auf Anfrage Broschüre gratis und gratis durch das Pharmaceutische Bureau, Ballenburger (L.) Hofland, Nr. 270. Da Ausland - Doppelporto. 54382\*

**Keinen Bruch mehr!**  
2000 Mark Belohnung demjenigen, der dem Gebrauch meines Bruchbands ohne Feder nicht von seinem Bruchleiden vollständig geheilt wird. Man läte sich vor minderwertigen Nachahmungen. Auf Anfrage Broschüre gratis und gratis durch das Pharmaceutische Bureau, Ballenburger (L.) Hofland, Nr. 270. Da Ausland - Doppelporto. 54382\*

**Keinen Bruch mehr!**  
2000 Mark Belohnung demjenigen, der dem Gebrauch meines Bruchbands ohne Feder nicht von seinem Bruchleiden vollständig geheilt wird. Man läte sich vor minderwertigen Nachahmungen. Auf Anfrage Broschüre gratis und gratis durch das Pharmaceutische Bureau, Ballenburger (L.) Hofland, Nr. 270. Da Ausland - Doppelporto. 54382\*

**Keinen Bruch mehr!**  
2000 Mark Belohnung demjenigen, der dem Gebrauch meines Bruchbands ohne Feder nicht von seinem Bruchleiden vollständig geheilt wird. Man läte sich vor minderwertigen Nachahmungen. Auf Anfrage Broschüre gratis und gratis durch das Pharmaceutische Bureau, Ballenburger (L.) Hofland, Nr. 270. Da Ausland - Doppelporto. 54382\*

**Keinen Bruch mehr!**  
2000 Mark Belohnung demjenigen, der dem Gebrauch meines Bruchbands ohne Feder nicht von seinem Bruchleiden vollständig geheilt wird. Man läte sich vor minderwertigen Nachahmungen. Auf Anfrage Broschüre gratis und gratis durch das Pharmaceutische Bureau, Ballenburger (L.) Hofland, Nr. 270. Da Ausland - Doppelporto. 54382\*

**Keinen Bruch mehr!**  
2000 Mark Belohnung demjenigen, der dem Gebrauch meines Bruchbands ohne Feder nicht von seinem Bruchleiden vollständig geheilt wird. Man läte sich vor minderwertigen Nachahmungen. Auf Anfrage Broschüre gratis und gratis durch das Pharmaceutische Bureau, Ballenburger (L.) Hofland, Nr. 270. Da Ausland - Doppelporto. 54382\*

**Keinen Bruch mehr!**  
2000 Mark Belohnung demjenigen, der dem Gebrauch meines Bruchbands ohne Feder nicht von seinem Bruchleiden vollständig geheilt wird. Man läte sich vor minderwertigen Nachahmungen. Auf Anfrage Broschüre gratis und gratis durch das Pharmaceutische Bureau, Ballenburger (L.) Hofland, Nr. 270. Da Ausland - Doppelporto. 54382\*

**Keinen Bruch mehr!**  
2000 Mark Belohnung demjenigen, der dem Gebrauch meines Bruchbands ohne Feder nicht von seinem Bruchleiden vollständig geheilt wird. Man läte sich vor minderwertigen Nachahmungen. Auf Anfrage Broschüre gratis und gratis durch das Pharmaceutische Bureau, Ballenburger (L.) Hofland, Nr. 270. Da Ausland - Doppelporto. 54382\*

**Keinen Bruch mehr!**  
2000 Mark Belohnung demjenigen, der dem Gebrauch meines Bruchbands ohne Feder nicht von seinem Bruchleiden vollständig geheilt wird. Man läte sich vor minderwertigen Nachahmungen. Auf Anfrage Broschüre gratis und gratis durch das Pharmaceutische Bureau, Ballenburger (L.) Hofland, Nr. 270. Da Ausland - Doppelporto. 54382\*

**Keinen Bruch mehr!**  
2000 Mark Belohnung demjenigen, der dem Gebrauch meines Bruchbands ohne Feder nicht von seinem Bruchleiden vollständig geheilt wird. Man läte sich vor minderwertigen Nachahmungen. Auf Anfrage Broschüre gratis und gratis durch das Pharmaceutische Bureau, Ballenburger (L.) Hofland, Nr. 270. Da Ausland - Doppelporto. 54382\*

**Keinen Bruch mehr!**  
2000 Mark Belohnung demjenigen, der dem Gebrauch meines Bruchbands ohne Feder nicht von seinem Bruchleiden vollständig geheilt wird. Man läte sich vor minderwertigen Nachahmungen. Auf Anfrage Broschüre gratis und gratis durch das Pharmaceutische Bureau, Ballenburger (L.) Hofland, Nr. 270. Da Ausland - Doppelporto. 54382\*

**Keinen Bruch mehr!**  
2000 Mark Belohnung demjenigen, der dem Gebrauch meines Bruchbands ohne Feder nicht von seinem Bruchleiden vollständig geheilt wird. Man läte sich vor minderwertigen Nachahmungen. Auf Anfrage Broschüre gratis und gratis durch das Pharmaceutische Bureau, Ballenburger (L.) Hofland, Nr. 270. Da Ausland - Doppelporto. 54382\*

**Keinen Bruch mehr!**  
2000 Mark Belohnung demjenigen, der dem Gebrauch meines Bruchbands ohne Feder nicht von seinem Bruchleiden vollständig geheilt wird. Man läte sich vor minderwertigen Nachahmungen. Auf Anfrage Broschüre gratis und gratis durch das Pharmaceutische Bureau, Ballenburger (L.) Hofland, Nr. 270. Da Ausland - Doppelporto. 54382\*

**Keinen Bruch mehr!**  
2000 Mark Belohnung demjenigen, der dem Gebrauch meines Bruchbands ohne Feder nicht von seinem Bruchleiden vollständig geheilt wird. Man läte sich vor minderwertigen Nachahmungen. Auf Anfrage Broschüre gratis und gratis durch das Pharmaceutische Bureau, Ballenburger (L.) Hofland, Nr. 270. Da Ausland - Doppelporto. 54382\*

**Keinen Bruch mehr!**  
2000 Mark Belohnung demjenigen, der dem Gebrauch meines Bruchbands ohne Feder nicht von seinem Bruchleiden vollständig geheilt wird. Man läte sich vor minderwertigen Nachahmungen. Auf Anfrage Broschüre gratis und gratis durch das Pharmaceutische Bureau, Ballenburger (L.) Hofland, Nr. 270. Da Ausland - Doppelporto. 54382\*

**Keinen Bruch mehr!**  
2000 Mark Belohnung demjenigen, der dem Gebrauch meines Bruchbands ohne Feder nicht von seinem Bruchleiden vollständig geheilt wird. Man läte sich vor minderwertigen Nachahmungen. Auf Anfrage Broschüre gratis und gratis durch das Pharmaceutische Bureau, Ballenburger (L.) Hofland, Nr. 270. Da Ausland - Doppelporto. 54382\*

**Keinen Bruch mehr!**  
2000 Mark Belohnung demjenigen, der dem Gebrauch meines Bruchbands ohne Feder nicht von seinem Bruchleiden vollständig geheilt wird. Man läte sich vor minderwertigen Nachahmungen. Auf Anfrage Broschüre gratis und gratis durch das Pharmaceutische Bureau, Ballenburger (L.) Hofland, Nr. 270. Da Ausland - Doppelporto. 54382\*

**Keinen Bruch mehr!**  
2000 Mark Belohnung demjenigen, der dem Gebrauch meines Bruchbands ohne Feder nicht von seinem Bruchleiden vollständig geheilt wird. Man läte sich vor minderwertigen Nachahmungen. Auf Anfrage Broschüre gratis und gratis durch das Pharmaceutische Bureau, Ballenburger (L.) Hofland, Nr. 270. Da Ausland - Doppelporto. 54382\*

**Keinen Bruch mehr!**  
2000 Mark Belohnung demjenigen, der dem Gebrauch meines Bruchbands ohne Feder nicht von seinem Bruchleiden vollständig geheilt wird. Man läte sich vor minderwertigen Nachahmungen. Auf Anfrage Broschüre gratis und gratis durch das Pharmaceutische Bureau, Ballenburger (L.) Hofland, Nr. 270. Da Ausland - Doppelporto. 54382\*

**Cirkus Renz-Konzert-Tunnel**  
Karlstrasse.  
Wochentags 7 Uhr. Nur erstklassige. Direktion:  
Sonntags 5 Uhr. Specialitäten. J. M. Hatt.  
Jeden Sonntagabend nach der Vorstellung: Tanz ohne Nachzahlung.

**Fenersteins Festsäle, Jakobstr. 75.**  
Jeden Sonntag: Oeffentlicher Tanz.  
Meine auf das eleganteste renovierten Festsäle, 150, 300 und 400 Personen fassend, stehen den Vereinen zu Vereinsfestlichkeiten und Versammlungen stets zur Verfügung.  
Vereinszimmer 40 bis 120 Personen fassend.

**Gebrüder Wolff**  
Berlin N., Jubalidenstraße 134, Ecke Gartenstraße. 55308L\*  
Engl. Tüll-Gardinen in weiß und creme, das Meter 22, 35, 48 u. 60 Pf.  
Engl. Tüll-Gardinen, hochlegante Secession-Muster, Meter 65 Pf. u. 80 Pf.  
Abgepaßte Fenster, auf 3 Seiten Bandelinsaffung, das Fenster 1 m. 35, 1 m. 75, 2 m. 25, 2 m. 75 u. 3 m. 50 Pf.  
Neste sowie einzelne Fenster werden sehr billig anverkauft.  
Außerdem empfehlen wir unser großes Lager von Möbelstoffen, Teppichen, Tischdecken, Läuferstoffen, Badstüchen, Linsolen und Steppdecken etc. etc.  
**Stores und Lambrequins**  
in wunderbar schönen und neuen Mustern.

**Möbel auf Credit**  
und ganze 5332L\*  
Wohnungs-Einrichtungen bei bescheidener Anzahlung und au Jahre hinaus verteilten Ratenzahlungen.  
— Coulanteste und beste Bedienung. —  
Lagerbesichtigung erbeten. — Kein Kaufzwang.  
**Central-Möbel-Halle** Kommandantenstrasse 51, Ecke Alexandrinerstr.

**Möbel auf Credit**  
und ganze 5332L\*  
Wohnungs-Einrichtungen bei bescheidener Anzahlung und au Jahre hinaus verteilten Ratenzahlungen.  
— Coulanteste und beste Bedienung. —  
Lagerbesichtigung erbeten. — Kein Kaufzwang.  
**Central-Möbel-Halle** Kommandantenstrasse 51, Ecke Alexandrinerstr.

**Möbel auf Credit**  
und ganze 5332L\*  
Wohnungs-Einrichtungen bei bescheidener Anzahlung und au Jahre hinaus verteilten Ratenzahlungen.  
— Coulanteste und beste Bedienung. —  
Lagerbesichtigung erbeten. — Kein Kaufzwang.  
**Central-Möbel-Halle** Kommandantenstrasse 51, Ecke Alexandrinerstr.

**Möbel auf Credit**  
und ganze 5332L\*  
Wohnungs-Einrichtungen bei bescheidener Anzahlung und au Jahre hinaus verteilten Ratenzahlungen.  
— Coulanteste und beste Bedienung. —  
Lagerbesichtigung erbeten. — Kein Kaufzwang.  
**Central-Möbel-Halle** Kommandantenstrasse 51, Ecke Alexandrinerstr.

**Möbel auf Credit**  
und ganze 5332L\*  
Wohnungs-Einrichtungen bei bescheidener Anzahlung und au Jahre hinaus verteilten Ratenzahlungen.  
— Coulanteste und beste Bedienung. —  
Lagerbesichtigung erbeten. — Kein Kaufzwang.  
**Central-Möbel-Halle** Kommandantenstrasse 51, Ecke Alexandrinerstr.

**Möbel auf Credit**  
und ganze 5332L\*  
Wohnungs-Einrichtungen bei bescheidener Anzahlung und au Jahre hinaus verteilten Ratenzahlungen.  
— Coulanteste und beste Bedienung. —  
Lagerbesichtigung erbeten. — Kein Kaufzwang.  
**Central-Möbel-Halle** Kommandantenstrasse 51, Ecke Alexandrinerstr.

**Möbel auf Credit**  
und ganze 5332L\*  
Wohnungs-Einrichtungen bei bescheidener Anzahlung und au Jahre hinaus verteilten Ratenzahlungen.  
— Coulanteste und beste Bedienung. —  
Lagerbesichtigung erbeten. — Kein Kaufzwang.  
**Central-Möbel-Halle** Kommandantenstrasse 51, Ecke Alexandrinerstr.

**Möbel auf Credit**  
und ganze 5332L\*  
Wohnungs-Einrichtungen bei bescheidener Anzahlung und au Jahre hinaus verteilten Ratenzahlungen.  
— Coulanteste und beste Bedienung. —  
Lagerbesichtigung erbeten. — Kein Kaufzwang.  
**Central-Möbel-Halle** Kommandantenstrasse 51, Ecke Alexandrinerstr.

**Möbel auf Credit**  
und ganze 5332L\*  
Wohnungs-Einrichtungen bei bescheidener Anzahlung und au Jahre hinaus verteilten Ratenzahlungen.  
— Coulanteste und beste Bedienung. —  
Lagerbesichtigung erbeten. — Kein Kaufzwang.  
**Central-Möbel-Halle** Kommandantenstrasse 51, Ecke Alexandrinerstr.

**Möbel auf Credit**  
und ganze 5332L\*  
Wohnungs-Einrichtungen bei bescheidener Anzahlung und au Jahre hinaus verteilten Ratenzahlungen.  
— Coulanteste und beste Bedienung. —  
Lagerbesichtigung erbeten. — Kein Kaufzwang.  
**Central-Möbel-Halle** Kommandantenstrasse 51, Ecke Alexandrinerstr.

**Möbel auf Credit**  
und ganze 5332L\*  
Wohnungs-Einrichtungen bei bescheidener Anzahlung und au Jahre hinaus verteilten Ratenzahlungen.  
— Coulanteste und beste

# A. Jandorf & Co

C. Spittelmarkt 16/17. SW. Leipzigerstr. 64. SW. Belle-Alliancestasse 12.

Jeder Käufer erhält:

Mittwoch, den 26. September a. c.

**Gratis**

bei einem Gesamteinkauf von **5** Mark ein viertel Dutzend **10** Mark ein halbes Dutzend **15** Mark drei viertel Dutzend **20** Mark an ein Dutzend

## Visitphotographieen.

Bei Bezahlung der Waaren bitten wir höflichst, an der betreffenden Zahlkasse einen Photographie-Bon zu verlangen. Die photographischen Ateliers sind von morgens 9 Uhr an geöffnet.

In allen Abtheilungen Ausstellung preiswerther Artikel.

Unser bei der Kundschaft so beliebtes Rabatt-Sparsystem von 4% extra bleibt für die aussergewöhnlich billigen Preise dennoch bestehen.

### Kurzwaaren.

Besenborte, schwarz und farbig	Meter	5 Pfg.
Mohairbesenborte, schwarz und farbig	Meter	7 Pfg.
Tailenverschluss, schwarz, weiss, grau	Stück	8 Pfg.
Naturfischbein, für Kleidertailen, sortirte Längen	Dutzend	9 Pfg.
Armlätter, Tricot mit Gummi	Paar	17 Pfg., 20 Pfg., 25 Pfg.
Armlätter, bester Ersatz für Canfield, 3 Grössen		30 Pfg., 35 Pfg., 43 Pfg.
Strumpfhalter mit Gurt	für Kinder	30 Pfg.
Strumpfhalter mit Gurt	für Damen	43 Pfg., 80 Pfg.
Schwarze Schnürsenkel für Stiefel und Halbschuhe	Paar	2 Pfg.
Nähnadeln	Brief = 25 Stück	1 Pfg.
Stopfnadeln	Brief = 25 Stück	6 Pfg.
Stecknadeln	200 Stück	4 Pfg.
Lockenhaarnadeln	gewellt, 20 Pack	10 Pfg.
Lackirte Haarnadeln	20 Pack	10 Pfg.
Blaue Haarnadeln	mit weisser Spitze, 5 Brief	10 Pfg.
Metall-Rockaufhänger	10 Stück	5 Pfg.
Metall-Stiefelknöpfe	2 Stück	1 Pfg.
Schwarze Schuhknöpfe	12 Dutzend	10 Pfg.
Rockschlitz-Verschlussknöpfe	Dutzend	20 Pfg.
Schwarzes Baumwollenband	6 Rollen	10 Pfg.
Weisses Halbleinenes Band	4 Stück	10 Pfg.
Doppelbuchstaben zum Wäschezeichnen	Dutzend	3 Pfg.
Weisse Bettlitzze	Stück ca. 10 Meter	26 Pfg., 40 Pfg.
Rouleaux-Cordel, weiss und crème	Stück ca. 20 Meter	45 Pfg.

### Tischzeuge.

Reinleinenes Jacqu.-Tischtücher, ges., für 6 Personen passend	Stck.	1,90 Mk.
Reinleinenes Jacqu.-Tischtücher, ges., für 8 Personen passend	Stck.	2,90 Mk.
Reinleinenes Jacqu.-Servietten, ges., 1/2 Dutzend		2,25 Mk.
Gerstenkorn-Handtücher, roth u. blaue Borden, ges., 1/2 Dutzend		3,75 Mk.
Gerstenkorn-Handtücher, ges., mit eingewebten Buchstaben, 1/2 Dtzd.		3,25 Mk.

### Baumwollwaaren.

Hemdentuch	gute Qualität, Meter	30 Pfg., 35 Pfg.
Louisiana-Tuch	feinfadig, Meter	35 Pfg., 42 Pfg.
Gestreift Dimiti für Kopfkissen	ca. 84 cm, Meter	50 Pfg., 60 Mk.
Gestreift Dimiti für Deckbetten	ca. 130 cm, Meter	75 Pfg., 90 Pfg.
Piqué-Parchend, gemustert	Meter	38 Pfg., 42 Pfg., 60 Pfg.
Gestreift Hemden-Parchend	Meter	28 Pfg., 38 Pfg., 42 Pfg.
Rouleaux-Cöper crème	ca. 84 100 110 130 cm	Meter 38 Pfg., 65 Pfg., 75 Pfg., 90 Pfg.
Rouleaux-Dimiti crème	Meter	55 Pfg., 70 Pfg., 80 Pfg., 95 Pfg.

### Taschentücher.

Weiss Leinen für Damen, ges., 1/2 Dutzend	1,30 Mk., 1,60 Mk., 2,00 Mk.
Weiss Leinen für Herren, ges., 1/2 Dutzend	1,60 Mk., 1,80 Mk., 2,30 Mk.
Bedruckte engl. Kindertücher 1/2 Dutzend	60 Pfg., 75 Pfg.
Engl. Kohnsauntücher für Damen 1/2 Dutzend	1,00 Mk.
Schweizer Damentücher mit Buchstaben gestickt, grosses Sortiment von Buchstaben vorrätig	Stück 15 Pfg.

### Futterstoffe.

Rockfutter, Moiré-Cattun	Meter	23 Pfg.
Rauschfutter, grau und schwarz	Meter	28 Pfg., 38 Pfg.
Rauschfutter, in allen Farben	Meter	33 Pfg.
Rauschfutter, ca. 100 cm. breit, in allen Farben	Meter	38 Pfg.
Jaconet, weiche Appretur, weiss, grau u. schwarz	Meter	28 Pfg.
Tailen-Cöper in allen Farben	Meter	28 Pfg., 35 Pfg., 45 Pfg.
Zweiseitiges Tailenfutter	Meter	32 Pfg., 38 Pfg., 48 Pfg.
Englische Faille in allen Farben	Meter	65 Pfg.
Kleider-Satin, Elsasser Fabrikat, Ia Qualität	Meter	70 Pfg.
Kleider-Satin, Englisches Fabrikat, Seidenglanz	Meter	85 Pfg.
Patent-Rockstoss in allen Farben	Meter	9 Pfg., 12 Pfg., 18 Pfg.
Schwarze Camlots für Rockfutter	Meter	35 Pfg., 45 Pfg., 55 Pfg.
Farbige Camlots für Rockfutter	Meter	45 Pfg.
Futter-Gaze, weiss, grau, schwarz	Meter	14 Pfg., 18 Pfg.
Wattirleinen (Kragensteife)	Meter	33 Pfg.
Cloth-Steppfutter, stark wattirt	Meter	1,40 Mk.
Satin-Steppfutter, stark wattirt	Meter	1,75 Mk.
Atlas-Steppfutter in allen Farben	Meter	1,90 Mk.

### Gardinen, Portièren.

Tüllgardinen, weiss oder crème, abgop., Fenster 2 Shawis	2,10 Mk., 2,85 Mk.
Tüll-Stores, weiss oder crème, gute Qualität	2,10 Mk., 2,75 Mk.
Spachtel-Stores, schöne Muster	5,75 Mk.
Portièren, abgepasste Shawls, quergestreift	95 Pfg.
Portièren, abgepasste Shawls mit Blumenbordüre	2,25 Mk.
Vorleger, limit. Perser mit geknüpften Franzen	1,50 Mk.
Wachstuchwandschoner, neues modernes Kachelmuster mit Zwiebelbordüre	42 Pfg.

Wachstuch-Tischdecken mit Parchendrücken, grosse Musterauswahl					
Grösse ca.	85/100	85/115	100/130	115/115	130/160 cm
Stück	70 Pfg., 1,10 Mk., 1,45 Mk., 1,95 Mk., 2,50 Mk.				

Tischdecken, einfarb. Wollgewebe mit angesetzter Bordüre und Wollfranze . . . . . sonst 5,25 Mk., jetzt 3,95 Mk.

Gardinenstangen, gerade oder geschweift, Stück	45 Pfg.
Linoleum-Läuferstoffe, hübsche Muster, Meter	75 Pfg.
Rouleaux-Franzen	sonst 25 Pfg., jetzt 10 Pfg.
Teppich-Franzen, schwarz	sonst 23-35 Pfg., jetzt 12 Pfg.
Möbelschnur	sonst 8 u. 15 Pfg., jetzt 5 Pfg.
Möbelquasten	sonst 35 u. 50 Pfg., jetzt 15 Pfg.

### Schuhwaaren für Damen.

Damen-Rossleder-Zug-Stiefel	3,75 Mk.
Damen-Rossleder-Zug-Stiefel mit Lackkappe	4,00 Mk.
Damen-Rossleder-Knopf-Stiefel	3,50 Mk.
Damen-Rossleder-Knopf- oder Oesen-Stiefel	5,00 Mk.
Damen genarbt Kalbl.-Knopf- od. Oesen-Stiefel	6,00 Mk.
Damen glatt satinirt Knopf- od. Oesen-Stiefel	7,50 Mk.

Damen-Rossleder-, Spangen-, Knopf- u. Schnür-Schuhe, solide Waare **3,15** Mk.

Damen-Melton-Pantoffel in allen Farben 60 u. 90 Pfg.



Der Konig-Prozess gegen die „Germania“.

Wegen Beleidigung richterlicher, staatsanwaltlicher und Verwaltungsbehörden und Beamten aus Anlaß der Mordthat in Konig wurde gestern der verantwortliche Redakteur der „Germania“, Hans Conzen vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts I zur Verantwortung gezogen. Den Vorsitz führte Landgerichts-Direktor Kaeffer, die Anklage vertrat Staatsanwalt Diez, die Verteidigung führte Rechtsanwalt Modler. Unter Anklage standen zwei Artikel in Nr. 122 und 127 der „Germania“. Der erste ist eine Korrespondenz aus Konig, in welcher an die Bestattung der Lebereste des ermordeten Winter Betrachtungen geknüpft wurden. Es hieß darin u. a., daß die Tausende von Teilnehmern am Begräbnis nicht protestieren wollten gegen die Art und Weise, wie der Mord behandelt und untersucht worden sei. Die Vertreter der Behörden hätten leicht erfahren können bei Jung und Alt, Hoch und Niedrig, was man im Volke denkt; vielmehr mit Schrecken würden sie bemerkt haben, mit welcher großartigem Erfolge durch die bisher geführte Untersuchung das Vertrauen des Volks auf die Unparteilichkeit der Justiz untergraben und erschüttert ist. Das Ansehen derselben ist dahin. Der Schlachtfreier aller Debatten lautete stets: es kommt nichts heraus, denn es soll und darf nichts herauskommen. Es hieß es in dem ersten Artikel. Dieser Gedanke fand noch weitere Ausführung in dem zweiten Artikel, der die Ueberschrift „Betrachtungen über den Konig-Mord“ trug. Auch in diesem wird es als vox populi hingestellt: „Es kommt nichts heraus, denn es soll und darf nichts herauskommen.“ Es wird dann die Behauptung aufgestellt, daß das Untersuchungs-Verfahren eine merkwürdige Abneigung gegen energische Schritte habe erkennen lassen, sobald diese sich gegen Juden richten würden, die Untersuchung sei von Anfang an umgeschickt angelegt und etwas lässig betrieben worden. Auffallend sei die Behandlung aller Personen, die sich zu Aussagen meldeten, um die Juden zu belasten, auffallend die Behandlung der Eltern des ermordeten Winter, auf der anderen Seite auffallend die liebendwürdige Behandlung der belasteten Juden. Es wird schließlich in dem Artikel behauptet, daß das Rechtsbewußtsein, die Wechselseitigkeit, sowie der Glauben an die Unparteilichkeit der Justiz im Volke untergraben worden sei.

Die Anklage faßt die Betrachtungen der „Germania“ dahin zusammen: Die Beamten hätten absichtlich ihre Pflicht verletzt und zu Gunsten der Juden und zu Ungunsten der Christen die Untersuchung so geführt, daß sie ergebnislos bleiben mußte. — Der Angeklagte bestritt den beleidigenden Charakter der Artikel und nahm den Schutz des § 193 für sich in Anspruch. — Staatsanwalt Diez war der Meinung, daß die „Germania“ durch diese Artikel weder den Interessen des Staats, noch der Gerechtigkeit, noch des Publikums gebietet habe. Er beantragte 3 Monate Gefängnis gegen den Angeklagten. Der Angeklagte beantragte eine Beweisaufnahme über verschiedene Begleiterscheinungen der Konig-Affäre.

Der Gerichtshof kam nach längerer Beratung zu einem Schuldigspruch gegen den Angeklagten. Derselbe habe die Behauptung, daß in Konig von den Beamten und Behörden malsitliche vorgegangen sei, nicht gemißbilligt und dadurch sich zu eigen gemacht. Er habe damit äußerst schwere Vorwürfe erhoben, für die er selbst einen Beweis zu erbringen nicht bereit gewesen sei. Unter diesen Umständen habe sich die Erhebung der sonst angebotenen Beweise erübrigt. Der Schutz des § 193 stehe dem Angeklagten nicht zu. Die Beleidigungen seien äußerst schwere und deshalb habe der Gerichtshof auf einen Monat Gefängnis erkannt und den Beleidigten die Publikationsbefugnis zugesprochen.

lokales.

Zur Nachwahl im sechsten Wahlkreise. Heute abend 8 Uhr wird im Eisstalle eine öffentliche Versammlung abgehalten, in der nach einem Vortrage des Genossen Georg Ledebour die Aufstellung des Kandidaten für die bevorstehende Reichstagswahl erfolgt. Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert eine zahlreiche Beteiligung.

Hinterpommersches zum Neunhundert-Ladenschluß. Der Direktor Max Disting von den Vereinigten Pommerschen Meiereien, Aktien-gesellschaft pommerscher Mittergutbesitzer, die hier 21 Detailgeschäfte unterhält, verleiht an die Inhaber Berliner Untergeschäfte eine Einladung zu einer Versammlung, die Dienstagabend im „Hohenzollern“ stattfinden sollte. In der Einladung heißt es:

Vom 1. Oktober d. J. wird das Gesetz, welches die Ausbeute der Angestellten im Handelsgewerbe bezw. die Ladenzzeit aller offenen Verkaufsstellen regelt, in Kraft treten und erscheint es angebracht, daß sich die Inhaber von Mutter-Detailgeschäften derart mit den Vorschriften des Gesetzes abfinden, daß eine einheitliche Regelung der Arbeitszeit in untrer Branche erfolgt. Da die Ausbeute der Angestellten 13 Stunden betragen muß, so würde die Eröffnung der Läden vor 8 Uhr nicht erfolgen können, wenn um 9 Uhr geschlossen wird. Dies erscheint sehr unvorteilhaft und müssen Mittel und Wege beraten werden, eine frühere Geschäftseröffnung zu ermöglichen.

Es wird ferner wichtig sein, über die Verteilung derjenigen 40 Tage, an welchen die Läden bis 10 Uhr geöffnet sein dürfen, zu beraten, sowie auch darüber eine Entscheidung zu fassen, ob den Verkäuferinnen nicht ein Ausgang nach Geschäftsschluß zu versagen ist.

Vielleicht bedeutet nicht allein die Verkäuferinnen, sondern auch Kunden und Geschäftsinhaber dem Herrn Disting, daß er die Gepflogenheiten preußischer Gefindestlaverei am Ende in Hinterpommern aber nicht in Berlin ungestraft anwenden kann.

Weiß der Herr wirklich nicht, daß die Verkäuferinnen der Westde-ordnung ebenso wenig unterstehen, wie ein Buchhalter oder Rauter und daß sie ganz unabhängig vom Ladenschluß und den Beschläffen der Geschäftsinhaber mit dem höchsten freien Zeit, das ihnen bleibt, nach ihrem Gutdünken schalten und walten können? Weiß er nicht, daß die Durchführung eines „Verbots“ hiergegen nach § 239 des Strafgesetzbuchs als Freiheitsberaubung mit Gefängnis bestraft werden kann? Oder ist die von Herrn Disting auf die Tagesordnung gesetzte Beratung nur ein akademisches Produkt der Verärgerung darüber, daß einer maßlosen Ausnutzung der Verkäuferinnen endlich gesetzliche Schranken gesetzt sind?

Gewerbe-Ordnung und Stellenvermittlung. Das Polizeipräsidium teilt mit: Nach dem nun in die Gewerbe-Ordnung eingefügten § 75 a, welcher am 1. Oktober in Kraft tritt, sind die Gefindestvermittler und die Stellenvermittler einschließlich der Theateragenten verpflichtet: a) Tagen für ihre gewerblichen Leistungen aufzustellen, b) das Verzeichnis der von ihnen aufgestellten Tagen der Ortspolizeibehörde einzureichen, c) dieses Verzeichnis in ihren Geschäftsräumen an einer in die Augen fallenden Stelle anzuschlagen, d) dem Stellensuchenden vor Abschluß des Vermittlungsgeschäfts die für ihn zur Anwendung kommende Tage mitzuteilen. Dem Gewerbetreibenden ist freie Bewegung in den Ansprüchen für seine Dienstleistungen gestattet, die nach eigenem Ermessen aufgestellte Tage ist weder der Genehmigung noch der Abänderung durch die Behörde unterworfen. Sie kann von dem Gewerbetreibenden auch jederzeit abgeändert werden. Der Gewerbetreibende ist aber so lange an die alte Tage gebunden, bis die Abänderung der Polizeibehörde angezeigt und das abgeänderte Verzeichnis in den Geschäftsräumen angeschlagen ist. Mit Geldstrafe bis zu 100 M. und im Unvermögensfalle mit Haft bis zu 4 Wochen wird bestraft, wer bei dem Betriebe seines

Gewerbes die durch Anzeige bei der Ortspolizeibehörde festgelegten Tagen überschreitet oder es unterläßt, das vorgeschriebene Verzeichnis einzureichen.

Mit Geldstrafe bis zu 30 M. und im Unvermögensfalle mit Haft bis zu 8 Tagen wird bestraft, wer es unterläßt, das nach § 75 a der Gewerbe-Ordnung aufgestellte und eingereichte Verzeichnis anzuschlagen oder dem Stellensuchenden vor Abschluß des Vermittlungsgeschäfts die für ihn zur Anwendung kommende Tage mitzuteilen.

Auf der Tagesordnung für die Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung am Donnerstag, den 27. September dieses Jahres, nachmittags 5 Uhr, stehen u. a. folgende Gegenstände: Wahl je eines Mitglieds in die Finanzdeputation, in die Deputation der städtischen Wasserwerke, in das Kuratorium der Webeschule, in den Ausschuss für Rechnungssachen, in das Kuratorium zur Verwaltung der Heimstätten, in die Schuldeputation und in das Kuratorium der Dietrichs-Thora-Stiftung. — Bericht-erstattung über die Vorlage betreffend den Umbau des Wasserwerks am Müggelsee. — Vorlagen betreffend den Jahresabschluss der Verwaltung der Wladepolge für das Etatsjahr 1899. — Die Teilung des Bezirks der 124. Armenkommission. — Verichterstattung des zur Vorbereitung der Neuwahl von zwei unbeforderten Stadträten eingesetzten Ausschusses. — Verichterstattung betreffend die Wahl eines Bürgerdeputierten in die Deputation für die städtische Straßenpflege. — Vorlage betreffend die Wahl von 8 Mitgliedern für die Einkommensteuer-Veranlagungs-Kommission.

Zur Vermehrung der Kindersterblichkeit. Die Preis-erhöhung der Milch um 2 Pfennige pro Liter wird nun ein-treten, und zwar mit dem 1. Oktober. In einem von den vereinigten Milchhändlern und Molkebesitzern Berlins heute versandten Rund-schreiben heißt es: „Diese Preis-erhöhung ist hervorgerufen worden durch die Agitationen einiger Landwirte, welche durch die Bildung eines sogenannten Milchringes unter der Firma „Ausschuss der Mäktigen Milchproduzenten in Berlin“ gedrungen durch die veränderten Verhältnisse die Güterbesitzer der Provinz Wandernburg zu einem gemeinschaftlichen Vorgehen veranlaßt haben, so daß der Einkaufspreis pro Liter Vollmilch um ein Bedeutendes gestiegen ist.“ Den Milchhändlern bleibe nur ein geringer Gewinn, sie müßten daher den Preis auch erhöhen, indem sie gleichzeitig be-dauern, daß eins der wichtigsten Nahrungsmittel eine Verteuerung erfährt.“ Das Rundschreiben ist auch von der Meierei Volke unter-zeichnet. Der Preis der Milch wird nunmehr pro Liter am Wagen 20 Pf. frei in die Küche 22 Pf. betragen.

Wozu ist die Rettungswache da? So fragt mit Recht ein Leser, der uns folgendes mitteilt: Vor einigen Tagen kurz vor Feier-abend fiel mir bei der Arbeit ein Stuhl auf, oder Röhle ins Auge. Auf dem Heimweg empfand ich große Schmerzen, und da mein Weg mich durch die Rosenhainerstraße führte, beschloß ich, die nächste Rettungswache im katholischen Gedwigs-Krankenhaus aufzusuchen. Ein Beamter fragte mich dort, was mir fehle; nachdem ich ihm jedoch von meinem Unfall Kenntnis gegeben hatte, sagte er kurz und bündig: „Na, damit kommen öfter Leute, gehen Sie man nach Hause und halten das Auge auf die Wasserpyre gerichtet, und ist es dann noch nicht herans, dann kann Ihre Frau Ihnen ja helfen.“

Rachden ich dem drohen Mann meinen verbindlichsten Dank für den guten Rat abgestattet hatte, ging ich, immer ärger von Schmerz gepeinigt, zum städtischen Krankenhaus in der August-straße, wo mir sofort ohne weiteres der Fremdkörper aus dem Auge entfernt wurde.

Maßregeln gegen die Verhaftung ehrbarer Frauen. Der Minister des Innern, Herr Herr v. Scheubach, hat in Bezug auf die Festnahme weiblicher Personen eine bemerkenswerte Ver-fügung erlassen. Zunächst ist es den Polizeibehörden zur strengsten Pflicht gemacht worden, bei Verhaftungen bezw. Festnahme weib-licher Personen, welche in dem Verdachte stehen, öffentlich erregenden unsittlichen Lebenswandel zu führen, die größte Vorsicht zu beobachten, um Mißgriffen vorzubeugen. Nur eine solche Verhaftung vorge-nommen werden, so ist sie stets durch Kriminalhauptleute in Zivil, nie aber durch Säugleute in Uniform auszuführen. Ortsanfällige weibliche Personen, also solche, welche in dem jeweiligen Aufenthalts-ort eine feste Wohnung haben, sollen in Zukunft nicht mehr ver-haftet, sondern nur zum Zweck der Feststellungen ihrer Personalien vorläufig festgenommen werden. Nach Erledigung des Feststellungs-akts sind sie sofort wieder in Freiheit zu setzen. Die nicht im Ort anfälligen weiblichen Personen müssen durch die Komere mittels Wagens der Ortspolizeizentrale behufs weiterer Veranlassung ein-geleitet werden. Die Vorstände sind persönlich dafür dasitzbar, daß diese Personen besonders inhaftiert und nicht in einem Raum unter-gebracht werden, in welchem sich weibliche Personen befinden, die unter sittenpolizeilicher Kontrolle stehen oder sich sonstwie in sittlicher Hinsicht vergangen haben.

Das Wühlungen der Dauerballonfahrt, die in der Umgegend von Bernau, und zwar eine Meile von der Stadt entfernt, in der königlichen Volksschule der Forst ihr vorzeitiges Ende gefunden hat, wurde in erster Linie dadurch veranlaßt, daß das dreihundert Meter lange Schlepptau, das dazu dienen sollte, den Ballon möglichst niedrig schwebend zu halten, sich in den Bäumen der Forst verfang und den Ballon am weiteren Fluge verhinderte. Infolge dessen saßen die Luftschiffer sich gezwungen, gegen 12 Uhr nachts zu landen. Bieleicht hätten sie auch trotz des Hindernisses, das mit einiger Mühe wohl zu beseitigen gewesen wäre, die Landung nicht unternommen, aber in der Nacht erhob sich ein derart heftiger Südwest, daß der Ballon mit Sicherheit noch vor Anbruch des Morgens an die Ostsee getrieben wäre. Diese Eventualität wollte man aber durchaus ver-meidern und ließ den Ballon sinken. So gut, wie es ging, über-nachteten die Luftschiffer bei „Walter Grün“, am Tage wurde dann mit Hilfe von Förstern und Arbeitern der Ballon abgerüstet. Die Vergung des Ballons, die glatt von statten ging, nahm den gestrigen Tag in Anspruch. Mit Ausnahme des Hr. Alexander sind die übrigen Teilnehmer der Expedition, die Herren Verlor, Dr. Siring und Ingenieur Jekel noch nicht zurückgekehrt, sie sind vielmehr noch mit der Verpackung des Ballons beschäftigt. Ueber eine Wieder-holung der Fahrt ist definitiv noch nichts bestimmt, sie gilt aber als wahrscheinlich.

Haussuchung bei der „Staatsbürger-Zeitung“. Kriminal-kommissar Wehn, der in Konig tätig gewesen ist, erzielte gestern vormittag mit zahlreichen Kriminalbeamten in der Redaktion der „Staatsbürger-Zeitung“, um Haussuchung nach einem Manuskript zu halten. Alle Räume, auch die Privatwohnung des Verlegers, wurden durchsucht, doch wurde nichts gefunden. Es handelt sich um die Beschlagnahme der Abschrift des Verichts des Staatsanwalts Settegast in Konig an den Justizminister, dahin gehend, daß der Mord des Ernst Winter sehr wohl ein Ritualmord sein könne, und weiterhin um die Abschriften der Postkarten, die die Weita Caspari an Ernst Winter noch kurz vor seiner Ermordung geschrieben hat.

Bei der Arbeit schwer verunglückt ist gestern, Dienstag, vormittag der 19 Jahre alte Wilhelm Engel auf dem Grundstück Oranienstr. 62. Engel war auf dem Erweiterungsbau für Westheim beim Anrücken für einen Holzstuhl beschäftigt. Während er im Erd-geschos stand, fiel ihm aus dem ersten Stock eine Gipsplatte auf den Rücken, so daß er sich die Wirbelsäule brach. Der Verunglückte wurde mit einer Droschke nach dem St. Hedwigs-Krankenhaus gebracht.

Brennliche Anturzustände. Wegen Kontraktbruchs Red-triebsloht verfolgt werden von der herzoglichen Staatsanwaltschaft zu Vererbung die landwirtschaftlichen Arbeiter Albert Frenzel und Josef Stampen, die zuletzt in Schafstedt beschäftigt waren und flüchtig ge-

worden sind. Gegen beide ist wegen Kontraktbruchs die Unter-suchungshaft verhängt worden!

Die mag die kommende Generation über die Gefindestlaverei denken?

Beim Bau der Untergrundbahn werden jetzt zwischen der Potsdamer Ringbahn und der Königsgräberstraße die starken Grund-mauern hergestellt, welche die Seitenwände des Tunnels zu tragen haben werden. Der Bau des Tunnels nähert sich schon der Königs-gräberstraße, unter deren Fahrbaum er entlang geführt werden muß. Aus diesem Grunde sind bereits gegenüber der eisenbahn-sistalischen Straße provisorische, dicht am Bürgersteig entlang laufende Straßenbahngeleise gelegt worden, da die in der Mitte liegenden Geleise während des Tunnelbaus entfernt werden müssen.

Die Untersuchung gegen den der Bluthat in der Allee-burgerstraße verdächtigen Studenten Helmecke führt der Unter-suchungsrichter Landgerichtsrat Bertelsmann. Der Beschafte wehrt sich gegen den schweren Verdacht, seinen Freund aus Eifer-sucht erschossen zu haben, aufs nachdrücklichste. Seine Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Suthem und Dr. Schwandt, haben für ihn einen Haftentlassungs-Antrag gestellt, der damit begründet ist, daß Fluchtverdacht nicht vorliegt und der Angeklagte bis dahin die Behörden in Bezug auf seinen Aufenthalt stets auf dem Laufenden gehalten habe.

Der Inhaber der Köhlsteinischen Wagenbau-Werkstatt, Herr Eduard Köhlstein, ist gestern, 67 Jahre alt, gestorben.

Der Molkebesitzer König aus der Wahnmannstr. 27, dessen Pferd, wie seiner Zeit gemeldet, durch den Starstrom eines am Molkenmarkt herabhängenden Drahts der Straßenbahn getroffen wurde, liegt noch immer schwer krank danieder. Der Unfall wird zu einer Klage gegen die Berliner Straßenbahn-Gesellschaft Ver-anlassung geben, die bestrittet, daß sich in der Drahtleitung Strom befunden habe.

In dem Diebstahl bei dem Rentier Dr. Weede in der Tiergartenstraße wird berichtet, daß die drei als verdächtig in Haft genommenen Personen nach dem ersten, mehrere Stunden im Polizeipräsidium dauernden Verhör sämtlich wieder auf freien Fuß gesetzt worden sind, da sich herausgestellt hat, daß sie mit dem Diebstahl nichts zu thun haben. Die Polizei verfolgt jetzt eine andre Spur.

Durch einen Sturz aus dem Fenster verlor sich am Montagabend 10 Uhr die 35jährige Ehefrau des Gastwirts L. aus der Weidengasse das Leben zu nehmen. Das Ehepaar lebte seit 15 Jahren in der glücklichsten Ehe. Seit einem halben Jahre hatte die Frau ein Herzleiden, das sie nervös machte. In der vergangenen Woche führte sie schon wirre Reden. Als Montagabend die sechs Kinder im Alter von 3 bis 14 Jahren schon schliefen, ging L. kurz vor 10 Uhr aus seiner im zweiten Stock gelegenen Wohnung in die Gaststube im Erdgeschos hinunter und ließ seine Frau oben. Fünf Minuten später stürzte sich die Unglückliche aus dem Fenster des Schlafzimmers auf den Hof hinaus. Wüste Sprangen ihr mit ihrem Mann bei und holten einen Arzt. Dieser stellte einen Bruch beider Beine und Schädelverletzungen fest und ließ die Schwerverletzte in das Krankenhaus am Urban bringen.

Feuerbericht. Dienstag früh war Kottbuscher Ufer 15 ein Lager von Steinkohlen durch Selbstentzündung in Brand geraten, der erst nach längerer Arbeit gelöscht werden konnte. Reichensbergerstr. 88 gingen Gedenkschläge in Flammen auf, während Reichenbergerstr. 14 und Am Grünen Weg 72 Möbel und Kleidungsstücke durch Feuer beschädigt wurden. Kleinere Brände wurden noch von Blumenstr. 7a und Triehstr. 4 gemeldet. Ein gefährlicher Fabrikbrand entstand Montagabend 11 Uhr, Poststr. 11, in der „Württembergischen Metall-warenfabrik“. Das Feuer kam in dem im 2. Stock des Quer-gebäudes befindlichen Maschinenraum angeblich durch den Gasmotor aus und erlosch in kurzer Zeit den ganzen Raum. Verschiedene Säurebäder, die in Mittelenshaft ge-zogen waren, entwickelten einen gefährlichen Dampf, so daß das Vordringen der Löschmannschaft sehr erschwert wurde. Unter Leitung des Branddirektors Bierberg traten vier Schlauchleitungen in Thätigkeit, wodurch das Feuer lokalisiert wurde, doch zogen sich die Abkühlungsarbeiten bis weit über Mitternacht hinaus. Der an-gerichtete Schaden ist erheblich.

Aus den Nachbarorten.

Die Bebauung des umfangreichen Terrains der Char-Lottenburger Flora in seiner ganzen Ausdehnung ist nunmehr beschlossene Sache, da der Besitzer, Generalleutnant Landau, das Grundstück parzellieren wird, und auch bereits zwei es zu diesem Zweck durchzunehmende Straßen, die das Terrain in vier Parzellen zerlegen, in den Bebauungsplan der Stadt Charlottenburg auf-genommen worden sind. Die Verhandlungen wegen Uebernahme eines Teils der Grundstücke durch die Stadt haben sich zerfallen.

In den Stadtverordneten-Erwahlen in Rixdorf. Die Er-wahlungen für die infolge der neuesten juristischen Wunden-derheit des Ober-Verwaltungsgerichts aus der Stadtverordneten-Versammlung ausgeschiedenen Parteigenossen Couvad, Jäger, Janiszewski, Nitsche, Ostermann, Silberstein und Wuyfi haben bereits am Donnerstag, den 11. Oktober, von vormittags 10 bis nachmittags 6 Uhr statt. Die Gegner triumphierten ob des Schlags, den die arbeitende Klasse durch jenes Urteil des Ober-Verwaltungsgerichts erlitten hat. Nun, ihre Freude dürfte ihnen denn doch etwas bei den bevorstehenden Wahlen vergallt werden. Trotz der harten Bedingung, mit der bei der Auswahl der Kandidaten zu rechnen ist, denkt die sozial-demokratische Partei in Rixdorf noch lange nicht daran, zu entsagen. Im Gegenteil, der Kampf wird auf-genommen und nach besten Kräften geführt werden. Nächsten Donnerstag schon ist eine Volksversammlung, in der zu den Wahlen Stellung genommen werden soll.

In der Schöneberger Stadtverordneten-Sitzung vom 24. September beschäftigten sich die Stadtverordneten mit der Unterbringung der einquartierten Truppen. Die Truppen wurden durch Beschluß vom 4. September v. J. in von der Stadt gemieteten Quartieren untergebracht. Da sich dieses Ver-hältnis nicht gut bewährt, beantragte der Magistrat, die Wieder-einführung des früheren Ortsstatuts, welches dem Gesetz entsprechend die Hausbesitzer zur Aufnahme des Militärs verpflichtet. Dagegen wandten sich unsere Herren Stadtverordneten als Hausbesitzer mit aller Energie, indem sie durch ihre rednerischen Vertreter die wahrheitsgemäßen und unabweislichen Argumente ins Feld führten. Einer dieser sonst von Patriotismus erfüllten Herren machte allen Ernstes den Vor-schlag, durch ein zu erlassendes Ortsstatut das bestehende Kriegs-gesetz betr. Aufnahme von Einquartierung durch die Haus-besitzer, dadurch illusorisch zu machen, daß man auch die Mieter mit einer derartigen Verfügung belastet. Alle diese Vorschläge vermochten jedoch nicht, die Ueberzeugung des betreffenden Decernenten von der Unabsehbarkeit derartiger Pläne zu erschüttern. Die Wahl einer Deputation, welcher fünf Stadtverordnete angehören, war das Resultat dieses eigenartigen Vorkalles.

Eine weitere Vorlage des Magistrats, „Erbanung eines Krankenhauses“, fand seine Erledigung insofern, als die Vor-schläge des Magistrats, ein Mann von 100 Quadratmetern für jedes Bett soll dem Vauprojekt zu Grunde gelegt, das heißt soll zunächst für 300 Betten eingerichtet werden, einstimmig zur Annahme gelangte. — Zum Schluß gelangte eine Anfrage verschiedener Stadtverordneten zur Diskussion, in welcher die Anträge der Polizeibehörde gegen die Bewohner von Keller- und Dachbodenwohnungen recht

